Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Havlíčkova nám. 32.

Telephone: Tagesredaktion: 6795. Nachtredaktion: 6797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich .... Kč 16.—
vierteljährlich .... „ 48.—
halbjährig .... „ 96.—
ganzjährig .... „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

3. Jahrgang. Mittwoch, 31. Oktober 1923. Nr. 254.

Der einsame Präsident.

Aus Anlaß der Wiederkehr des Tages der Gründung der Republik hat Präsident Masaryk beim Empfange der parlamentarischen und militärischen Repräsentanten eine Rede gehalten, in der er sich sowohl zur äußeren Lage wie auch zu wichtigen innerpolitischen Fragen äußerte. Masaryks Streben ging seit jeher dahin, aktiv in die Politik einzugreifen und seine Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen. Er ist daher, seitdem er Präsident der Tschechoslowakischen Republik geworden ist, öfter als jedes andere Staatsoberhaupt aus den Grenzen seiner Stellung, welche ihm die Verfassung steckt, herausgetreten und hat durch Botschaften und Kundgebungen verschiedener Art die Gestaltung der politischen Verhältnisse in seinem Sinne zu beeinflussen gesucht. Die seit der Gründung der Republik verflossenen fünf Jahre sind ein ausreichender Zeitraum, um die Summe der Bilanz der Wirkung aller bisher erfolgten Kundgebungen des Präsidenten ziehen zu können: sie kommt dem Nullpunkt nahe. In der Vorkriegszeit war Masaryk ein Einsamer, er gehörte der kleinsten Partei des tschechischen Volkes an und fand für seine, in der stillen Gelehrtenstube geborenen und in das laute Getriebe der politischen Welt getragenen philosophischen und ethischen und humanistischen Ideen nicht nur Verständnislosigkeit und Abweisung, sondern auch schroffe Anfeindungen. Seitdem er an die Spitze des aus den Wirren des Krieges hervorgegangenen neuen Staatswesens gestellt wurde, ist Masaryk Gegenstand der äußeren Verehrung in seinem Volke geworden, aber doch ist er innerlich ein Einsamer geblieben, dessen Gedanken und Ideen von Zeit zu Zeit in Reden und Botschaften zutage treten, vor denen wohl auch die offiziöse und nichtoffiziöse Oeffentlichkeit verehrungsvolle Verbeugungen macht, deren Auswirkung aber in der Politik des Staates und der an der Macht befindlichen Parteien sich nicht im geringsten bemerkbar macht.

Diese innerliche und durch kein Festgepränge zu verdeckende Isolierung des Präsidenten läßt den Pessimismus gegenüber der Wirkung auch seiner neuesten Botschaft erklärlich erscheinen. Der Präsident sagt in seiner Botschaft manches bedeutsame Wort, das an sich geeignet wäre, Hoffnungen zu wecken, doch läßt die Kenntnis der wirklichen Machtverhältnisse, der politischen und sozialen Triebkräfte im Staate, solche Hoffnungen auf Einkehr und Umkehr schwer aufkommen. Wer sich davor hütet, Illusionen zum Opfer zu fallen, weiß, daß Masaryk, der der Lehrer und Wegweiser seines Volkes sein will, solange nicht die Entwicklung und die politischen Machtverhältnisse einen Wechsel des heutigen Kurses herbeiführen, ein Rufer in der Wüste bleiben wird.

Es war naheliegend, daß sich der Präsident bei Besprechung der äußeren Lage zuerst über das gegenwärtig brennendste Problem der ganzen europäischen Welt, die Katastrophe, welcher Deutschland entgegenzueilen droht, äußerte. Er meinte mit Recht, das Reparationsproblem berühre auch die Tschechoslowakei in empfindlicher Weise, denn „ein zerrüttetes Deutschland ist für uns alle gefährlich". Schon hier steht der Präsident in einem gewissen Gegensatz zu einem Teile der tschechischen öffentlichen Meinung — denn in vielen Zeitungen wird die deutsche Frage noch immer nur einseitig vom Standpunkt nationaler Voreingenommenheit dargestellt —, sondern auch zur Außenpolitik des States. Was fruchtet es, daß Masaryk für Deutschland freundliche Worte findet, wenn unsere Außenpolitik in einem Maße sich in der Gefolgschaft Frankreichs befindet, welche dieses in seinen auf die Zerstörung des Reiches gerichteten Bestrebungen stärkt! Auch Masaryks Optimismus über die Zukunft Deutschlands vermag nicht die Tatsache zu verhüllen, daß die tschechoslowakische Außenpolitik nichts getan hat, der auch uns gefährlichen Zerrüttung Deutschlands durch ihre Abrückung von dem Zerstörer Deutschlands, das ist der hemmungslose französische Imperialismus, abzurücken, sondern sich sogar im bedrohlichsten Augenblicke „im Guten und Bösen" auf seine Seite stellte und mithalf, seine Isolierung zu verhindern.

Der Präsident hat auch über das innere Problem des Staates gesprochen. Er hat auch dies, obgleich er es vermied, seinen Wünschen volle Klarheit zu verleihen, in freundlicher und von der Richtung der offiziellen Politik wohltuend abstechender Weise getan. Die Autonomie sei, so sagte er, eine notwendige Voraussetzung der Demokratie, und man kann wohl annehmen, daß es sich ihm bei diesem Ausspruch nicht bloß um die allgemeine, zu nichts verpflichtende Formulierung eines politischen Prinzips, sondern um dessen Anwendung und Geltendmachung im Leben des eigenen Staates handelt. Er betont wohl, daß „der Stat natürlich ein nationales Gepräge haben" werde, doch müsse es ein „beständiges Bestreben" sein, „daß alle Bürger in ihren Rechten und berechtigten Forderungen voll befriedigt werden". Allerdings muß man sich versucht fühlen, zu fragen, welcher Art diese anerkannten „Rechte" sind, welche Forderungen als „berechtigt" gelten sollen, und welche Faktoren den Grad ihrer „vollen Befriedigung" abzuschätzen hätten, doch es muß immerhin anerkannt werden, daß der Präsident an den Kern des innerpolitischen Problems rührt. Es spricht daraus die aus fünf Jahren Erfahrung und fünf Jahren Unfruchtbarkeit in der Entwicklung und Sicherung des Staates gewonnene Erkenntnis, daß die Grundlagen des Staates und die Richtung seiner Politik eine Aenderung im Interesse einer Gesundung gebieterisch erheischen. Aber dennoch gehört ein Glaube dazu, der Berge versetzt, anzunehmen, nun, nach der Rede des Präsidenten würden die verfassungsgemäßen Lenker des Staates und die verantwortlichen Führer der Mehrheitsparteien Einkehr halten.

Der Präsident hat einsichtige und freundliche Worte geäußert, doch es wäre verfehlt, von ihnen einen Einfluß auf die politischen Verhältnisse im Staate zu erwarten. Die Kräfte, die dem Einsamen auf dem Präsidentenstuhle entgegenwirken, verschmähen es wohl nicht, seine wohlgemeinten Botschaften als Verbrämung der Staatspolitik zu verwenden, doch sie zur Richtschnur ihres Handelns zu nehmen, liegt ihnen fern. Dennoch wird und muß der Tag kommen, da der Fortschritt der Demokratie jene Entwicklung bewirken wird, die heute der Präsident noch als Vereinsamter, als notwendig erkennt.

Heute Entscheidung über das Verbleiben in der Koalition.

Berlin, 30. Oktober. (Eigenbericht.) Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich heute mit der durch die Vorgänge in Sachsen geschaffenen Lage beschäftigt. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinettes hatten ihre Absicht mitgeteilt, aus der Reichsregierung auszuscheiden. Wie bekannt geworden ist, hat der Reichskanzler bei seinem Ultimatum an Sachsen und der Einsetzung des Reichskommissärs Dr. Heinze ohne die Zustimmung der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder gehandelt. Schon aus der Tatsache, daß diese bei den wichtigsten Entscheidungen übergangen worden sind, ergäbe sich für sie die Folgerung, die weitere Mitarbeit im Kabinette Stresemann einzustellen.

In Anbetracht dessen, daß morgen bereits die sozialdemokratische Fraktion eine Gesamtsitzung abhält, hat der Fraktionsvorstand heute von endgültigen Beschlüssen abgesehen und die Minister ersucht, die Entscheidung über ihr weiteres Verbleiben im Kabinett der Fraktion zu überlassen. Für die Vertagung des Beschlusses war auch von Bedeutung, daß man heute in Dresden über die Neubildung der Regierung verhandelt, und daß man zunächst noch das Ergebnis der Verhandlungen abwarten wollte.

Was das unverantwortliche Benehmen des Reichskanzlers gegen Sachsen an unheilvollen Folgen für die Gesamtpolitik des Reiches haben mußte, wird jetzt auch von solchen bürgerlichen Kreisen eingesehen, die bisher geneigt waren, allen Handlungen des Reichskanzlers zuzustimmen. Stresemann selbst sucht durch offiziöse Darstellungen die Wirkungen seines Auftretens abzuschwächen, die Rechtspresse stimmt dem Reichskanzler rückhaltlos zu und muntert ihn auf, noch schärfer gegen links vorzugehen. Die demokratischen Blätter dagegen sagen den Verfall der großen Koalition voraus und befürchten davon die schwersten innerpolitischen Verwicklungen. Der Parteivorstand bemüht sich noch um einen Ausgleich und verweist darauf, daß es sich noch darum handelt, in welcher Form die Regierung in Sachsen neu gebildet und welche Zugeständnisse der Reichskanzler der Sozialdemokratie machen wird. Die Wahrscheinlichkeit besteht aber immer noch, daß trotzdem die Mehrheit der Fraktion für den Austritt aus der großen Koalition stimmen wird. Die Erregung unter der Arbeiterschaft ist so stark, daß nicht durch ein neues Kompromiß, sondern nur durch die Rückkehr in die Opposition gegen die bürgerliche Politik das Vertrauen der Massen in die sozialdemokratische Partei wiedergewonnen werden kann.

Eine ultimativ formulierte Forderung der kommunistischen Partei, bis Dienstag 6 Uhr abends die Frage zu beantworten, ob die Sozialdemokraten bereit seien, mit den Kommunisten im Reiche eine Einheitsfront zu bilden, wurde in Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten in Hamburg, in Sachsen und anderwärts abgelehnt.

* *

Eine sozialdemokratische Minderheitsregierung.

Dresden, 30. Oktober. (Eigenbericht.) Das energische Auftreten der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder in Berlin hat bewirkt, daß der Landtag wieder zusammentreten „darf". Heute mittag hat hier bereits eine kurze formale Sitzung stattgefunden, die sofort wieder vertagt wurde. Es soll in der nächsten Sitzung der Ministerpräsident an Stelle Zeigners, der sein Rücktrittsgesuch einreichte, gewählt werden, der dann die Bildung einer neuen Regierung vornehmen wird. Die Verhandlungen zwischen den Parteien haben heute abends die Zustimmung der Demokraten zu einer sozialistischen Minderheitsregierung ergeben. Als Ministerpräsident wird dem Plenum der frühere sozialdemokratische Wirtschaftsminister Fellisch vorgeschlagen. Genosse Held erhielt die Finanzen, Graupe die Arbeit, Nau die Justiz, Liebmann das Innere und Fleißner das Kultusministerium. Neu ist Krätzig als Wirtschaftsminister. Der Reichskommissar Heinze dürfte nach unrühmlicher, kurzer Tätigkeit schnellstens abberufen werden.

Bayern lenkt ein?

München, 30. Oktober. Der Ministerrat, der heute vormittag zusammentrat und über die Mittagsstunde hinaus tagte, befaßte sich mit dem durch die Note der Reichsregierung verschärften Konflikt zwischen Bayern und Reich. Im Gegensatze zu der früheren Sitzung waren heute Kahr und Lossow nicht anwesend, dagegen der Gesandte von Preger, der heute abend seine Rückkehr nach Berlin antritt. Im Kabinettsrat kam erneut der Wille zu Verhandlungen zum Ausdruck. Es ist damit zu rechnen, daß die bayrische Regierung sich bereit erklärt, die am 22. Oktober vorgenommene Verpflichtung des bayrischen Teiles der Reichswehr auf die bayrische Staatsgewalt wieder aufzuheben, daß sie es aber ablehnt, ihr Einverständnis zum Rücktritte des Generals Lossow zu geben. Der Ministerrat hat nach mehrstündiger Beratung ein Antwortschreiben an die Reichsregierung beschlossen. Dieses Schreiben überbringt der bayrische Gesandte Dr. v. Preger, der noch heute abend nach Berlin abgereist ist.

Das Budget.

Die Befürchtungen, denen wir vor einigen Tagen Ausdruck gegeben haben, daß die durch die Entwicklung der tschechoslowakischen Währung und Wirtschaft notwendig gewordene Herabsetzung der Staatsausgaben nicht durchgreifend sein wird, waren — wie das dem Abgeordnetenhause vorgelegte Budget beweist — nicht unbegründet. Die Staatsausgaben sind insgesamt um 2.3 Milliarden geringer als sie für das Jahr 1923 veranschlagt waren, das Defizit im tschechoslowakischen Staatshaushalt ist nicht nur nicht beseitigt worden, sondern sogar noch größer als voriges Jahr. Der Abgang beträgt insgesamt 602 Millionen, ist also um 44 Millionen größer als das für 1923 präliminierte Defizit. Die Folge davon ist, daß der Staat sich wieder einen kurzfristigen Kredit bei den Banken wird beschaffen müssen, wodurch er in weiterer ständiger Abhängigkeit vom Finanzkapital bleiben wird.

Das Finanzgesetz zeigt auch heuer wieder das Bestreben, die Rechte des Parlamentes möglichst einzuschränken. So sind das Finanzministerium und das Oberste Kontrollamt berechtigt, Ausgaben, die im Voranschlage nicht vorgesehen sind, aus den veranschlagten Summen anderer Titel zu decken, ohne daß das Parlament auch nur davon erfährt. Ebenso bedeutet es eine Einschränkung des Rechtes des Parlaments, wenn, wie der Finanzminister in seinem Exposé ausführte, im vorjährigen Budget veranschlagte, aber nicht ausgegebene Summen ins heurige Budget zu übernehmen. Das widerspricht allen Gesetzen der modernen Budgettechnik, die es vorschreiben, daß mit Schluß des Jahres auch die Bewilligung des Parlaments zu den in den betreffenden Jahresbudgets veranschlagten Summen erloschen ist und der Finanzminister, wenn er die betreffenden Summen im nächsten Jahre ausgeben will, sie eben in den neuen Voranschlag einstellen muß.

Die für die einzelnen Ressorts der Staatsverwaltung aufgewandten Summen finden unsere Leser an anderer Stelle. Bemerkenswert ist die ganz außerordentliche Herabsetzung der Ausgaben des Ministerratspräsidiums von 516 Millionen auf 157 Millionen. Der Fond für unvorhergesehene Ausgaben (Reptilienfond) ist zwar derselbe geblieben, aber bedeutend gefallen sind die Ausgaben für die Durchführung der Bodenreform, und zwar von 382 Millionen auf 57 Millionen. Das rührt daher, daß aus einem Teil der im Vorjahr veranschlagten Summen ein Fond gebildet wurde, der nun nach Belieben verwendet werden kann, so daß es nicht mehr nötig ist, gewisse für die Durchführung der Bodenreform notwendigen Summen im Budget auszuweisen. Auch dadurch wird das Budgetrecht des Parlaments nicht eben erweitert. Der Charakter des Staates kommt auch im Budget des Ministerium des Innern zur Geltung. Dieses Ministerium beansprucht im Jahre der Ersparung mehr, nämlich statt wie voriges Jahr 586 Millionen, heuer 599 Millionen. Das ist darauf zurückzuführen, daß man in diesem Staate zu Zwecken der „Konsolidierung" mehr politische Aemter, mehr Polizei und Gendarmerie braucht als bisher. Was das Ministerium des Aeußern betrifft, ist das Erfordernis von 215 Millionen auf 173 Millionen gefallen, was auf die Ersparnisse im auswärtigen Dienst, eine Folge des Steigens der tschechoslowakischen Krone, zurückzuführen ist. Dagegen werden in der Zentralverwaltung dieses Ministeriums fast gar keine Ersparnisse gemacht, eine Beobachtung, die man in den Voranschlägen fast aller Ministerien in der gleichen Weise machen kann. Der Druck, den das Finanzministerium auf die anderen Ministerien ausgeübt hat, um Ersparungen zu machen, wurde von den Ministerien an die unteren Instanzen weitergegeben, während in den Zentralinstanzen von einer Ersparung gar keine Rede ist.

Besondere Beachtung verdient naturgemäß in einem Staate, dessen Absichten, wie stets betont, nur friedliche sind, das Militärbudget. Das Gesamterfordernis dieses Ministeriums ist zwar von 2775 Millionen auf 2299 Millionen zurückgegangen, aber es ist bezeichnend, woran das Ministerium diese Ersparnisse macht. Alle Ausgaben, die für die Mannschaft bestimmt sind, sind niedriger als im Vorjahre. So werden an Gebühren für die Mannschaft statt 115 Millionen 65 Millionen, für ihre Bekleidung statt 156 Millionen 108 Millionen, für deren Bettstellen statt 48 Millionen nur 30 Millionen, für Naturalien statt 550 Millionen gar nur 418 Millionen veranschlagt. Dasselbe gilt von den Aerztekosten. Dagegen sind die Ausgaben für die Gagisten, das heißt für die Offiziere, gestiegen!

Die Gebühren der Offiziere werden statt wie im vorigen Jahre mit 357 Millionen, nunmehr mit 380 Millionen festgesetzt, und für die Quartiere der Herren Offiziere werden natürlich auch die gleichen Summen ausgegeben wie voriges Jahr. So wird die Demokratisierung der Armee durchgeführt! Ebenso wie in den anderen Ministerien sind die Personalauslagen des Ministeriums für Nationalverteidigung um mehr als drei Millionen gestiegen. Für die Militärluftschiffahrt tun wir bekanntlich noch immer zu wenig, deshalb wird für nächstes Jahr mehr Geld angefordert als bisher ausgegeben wurde. Und das Ministerium scheint noch größere Manöver für das nächste Jahr zu planen als heuer, da für diese Post statt 52 Millionen nunmehr 65 Millionen veranschlagt werden. Dasselbe gilt für unvorhergesehene Ausgaben sowie besondere Kampfmittel, was wir scheinbar alles den jüngsten Pariser Besprechungen zu verdanken haben. Der soziale Geist dieses Ministeriums wird am besten dadurch charakterisiert, daß die Ausgaben für soziale Fürsorge, so weit sie in die Kompetenz des Ministeriums für Militarismus fallen, um ein volles Drittel herabgesetzt werden, während die spezielle soziale Fürsorge für Legionäre um fünf Millionen mehr kostet als das Jahr zuvor. Wie jedes Jahr findet man naturgemäß auch im sogenannten „produktiven" Investitionsbudget Ausgaben, die rein militärischen Zwecken dienen. Wir erwähnen da Kasernen- und andere militärische Bauten, die den Betrag von 135 Millionen kosten, den Bau von militärischen Straßen und Brücken und einer ganzen Menge strategischer Bahnen in der Slowakei, welch letztere allein das Sümmchen von 171 Millionen Kronen erfordern. Wie man sieht, ist also das Budget des Ministeriums für nationale Verteidigung nicht armselig.

Die Summe, die der Unterrichtsminister heuer beansprucht, ist in ihrer Gesamtheit geringer als voriges Jahr. (1924: 845 Millionen, 1923: 867 Millionen). Verhältnismäßig noch größer als der Rückgang des Gesamtbudgets des Unterrichtsministeriums ist der des Aufwandes für Volksschulen (von 223 Millionen auf 206 Millionen), während natürlich der Aufwand für die Minderheitsschulen nicht nur nicht geringer, sondern größer ist als voriges Jahr. Ebenso scheint die soziale Fürsorge für Studenten sowie die Volksbildung hierzulande geringer im Ansehen zu stehen als die Minderheitsschulen. Dagegen ist es dem Einfluß des Pater Kramek gelungen, in der Zeit, da alle Ausgaben herabgesetzt werden, den Aufwand für den römisch-katholischen Kultus von 33 Millionen auf fast 46 Millionen zu erhöhen. Der nationale Charakter des Unterrichtsbudgets wird wohl noch einer besonderen Untersuchung bedürfen, die im Investitionsbudget vorgesehenen Schulbauten zeigen aber jetzt schon, wohin der Kurs auch im nächsten Jahre gehen wird. Obzwar die Tschechen drei Universitäten und die Deutschen nur eine haben, beträgt der Aufwand für die tschechische Universität in Prag 27½ Millionen, für die deutsche nicht einmal zwei Millionen. Dasselbe Verhältnis ist bei den technischen Hochschulen zu konstatieren. Wir wollen nur anführen, daß die tschechische Technik in Brünn für zwei Millionen Bauten erhält, die deutsche dagegen nur für eine halbe Million. Was die Fachschulen betrifft, ist in Böhmen der Bau von zehn Fachschulen vorgesehen, hievon nur eine einzige deutsche, in Mähren gar keine deutsche. Unter den böhmischen und mährischen Mittelschulen, die mit Neubauten bedacht werden sollen, findet man gleichfalls keine einzige deutsche. Als letztes Beispiel sei noch angeführt, daß der Aufwand für die tschechische landwirtschaftliche Schule in Uhřinoves zweieinhalb Millionen, für die deutsche in Liebwerd 300.000 Kronen beträgt.

Das Eisenbahnministerium weist wohl einen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben aus, indem die Einnahmen in der Höhe von 4603 Millionen die Ausgaben von 4174 Millionen überragen. Ebenso ist das Postministerium aktiv (Einnahmen: 1089 Millionen, Ausgaben: 853 Millionen). Bemerkenswert ist, daß die Einnahmen dieser beiden Ministerien fast genau so präliminiert sind wie voriges Jahr, so daß an eine Herabsetzung der Eisenbahn- und Posttarife scheinbar nicht gedacht wird. Die Aktivität beider Ministerien soll eben auf Kosten der Konsumenten und der Volkswirtschaft aufrecht erhalten werden. Bezeichnend ist ferner, daß im Eisenbahnministerium auch die Ausgaben ungefähr in der Höhe des vorigen Jahres veranschlagt werden. Man muß da fragen, ob das Eisenbahnministerium etwa an die bereits eingetretene Herabsetzung der Kohlenpreise ganz vergessen hat.

Die soziale Fürsorge beansprucht dieses Jahr statt 735 Millionen 786 Millionen, also mehr. Die Ausgaben für Bau- und Wohnungswesen sind gleich geblieben, für Gewerbeinspektion und Kriegsinvalide sind größere Summen vorgesehen, dagegen für die Unterstützung der Arbeitslosen, der Auswanderer und für die Jugendfürsorge weniger. Die veranschlagte Summe für die Arbeitslosen beträgt nur 70 Millionen, man begeht da denselben Fehler wie voriges Jahr, da man eine lächerlich geringe Summe zu Zwecken der Arbeitslosenunterstützung im Budget eingesetzt hat und genötigt war, mehrmals Nachtragsbudgets der gesetzgebenden Körperschaft vorzulegen. Beträchtlich weniger wird dagegen für das Gesundheitsministerium beansprucht, und zwar statt 206 Millionen nur 159 Millionen, was auf den geringeren Aufwand für die Distriktsärzte, diese glorreiche Tat des Ministers Kramek, zurückzuführen ist.

Im Voranschlage des Finanzministeriums interessiert naturgemäß vor allem die Einnahmeseite. Die Gesamteinnahmen dieses Ministeriums werden statt mit zehneinhalb Milliarden diesmal mit neun Milliarden veranschlagt. An eine bedeutsamere Herabsetzung der Zölle wird auch diesmal nicht gedacht, die veranschlagte Summe ist fast dieselbe. Die Real- und Personalsteuern weisen dieselbe Summe auf wie voriges Jahr, dagegen mußte der aus der Kohlensteuer zu erwartende Betrag von 1050 Millionen auf 600 Millionen, die aus der Umsatzsteuer resultierende Summe von 1800 auf 1593 Millionen herabgesetzt werden. An eine Verbilligung der Erzeugnisse der Tabakregie wird nicht gedacht, auch hier ist die Summe fast die gleiche wie voriges Jahr (1744 gegen 1762 Millionen). Eine merkwürdige Manipulation scheint im Bereiche der Staatsschulden durchgeführt zu werden. Die Summen, die zur Verzinsung der Staatsschuld als notwendig erachtet werden, haben im Vorjahr 2790 Millionen betragen und werden heuer nur auf 1986 Millionen veranschlagt. In den Erläuterungen wird dies darauf zurückgeführt, daß die Zinsen für gewisse auswärtige Schulden, die infolge von internationalen Vereinbarungen nicht gezahlt werden, diesmal nicht eingestellt sind und weil gewisse Schulden von den kaufmännischen Betrieben des Staates übernommen werden. Dazu ist zweierlei zu bemerken: was die erstere Gruppe von Staatsschulden betrifft, muß man die Frage aufwerfen, wohin die in den früheren Budgets veranschlagten Zinsen für diese Schulden hingekommen sind und was die kaufmännischen Betriebe des Staates anbelangt, so sind ihre Schulden doch gleichfalls Staatsschulden und das Bild der wirklichen Verschuldung des Staates wird verschleiert, wenn die Zinsen für diese Schulden überhaupt nicht budgetiert werden. Auch da läßt man das Parlament im Unklaren und schränkt sein Budgetrecht ein.

Es paßt in den Rahmen dieses Budgets, daß die Selbstverwaltungskörper, also vor allem die Gemeinden und Bezirke, viel weniger erhalten als voriges Jahr. Im Vorjahr wurde ihnen vom Staate über eine Milliarde, diesmal nicht einmal 800 Millionen, also um zwanzig Prozent weniger, überwiesen. Begründet wird dies mit dem Rückgang der Erträge der Umsatz- und Luxussteuer.

Aus all dem ist zu ersehen, daß sich das Finanzministerium auch heuer nicht bemüßigt gefühlt hat, ein einwandfreies und klares Budget aufzustellen, daß die Ausgaben nicht entsprechend den Währungsverhältnissen herabgesetzt wurden, daß also noch immer ein zu großer Teil der von der tschechoslowakischen Volkswirtschaft, das heißt von der arbeitenden Bevölkerung dieses Staates, erzeugten Werte in die Staatswirtschaft übergehen und daß auch weiterhin durch die teuere Staatsverwaltung die Konkurrenzfähigkeit der tschechoslowakischen Industrie gehemmt, die natürliche wirtschaftliche Entwicklung der Staates gedrosselt wird. Wir beginnen langsam die allerärgsten Zeiten der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu überwinden, die Regierung tut aber nichts dazu, um das Herannahen der guten Konjunktur zu beschleunigen.

Parlamentsbeginn.

Zwei Minister-Reden.

Prag, 30. Oktober. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses trug zur Gänze das Gepräge, das jeden Sessionsbeginn kennzeichnet: Allgemeine Geschäftigkeit im Sitzungssaal, der fast keine Lücken aufweist. Außer den Abgeordneten ist auch die Regierung vollzählig anwesend. Die Galerien sind dicht gefüllt. In der Diplomatenloge bemerkt man auch die Mitglieder der Vermittlungskommission der Londoner Internationale im Gespräch mit deutschen und tschechischen Sozialdemokraten. Dies der äußere Rahmen der Sitzung. Die Sitzung selbst war gekennzeichnet durch die Exposees der Minister Beneš und Beška. Man weiß nicht, welcher der beiden Minister eigentlich weniger gesagt hat. In der Rede des Außenministers findet sich nicht ein neuer Gedanke. Dr. Beneš war streng darauf bedacht, über alles zu reden, aber doch nichts zu sagen.

Um viertel zwölf Uhr eröffnet Präsident Tomašek die Sitzung. Ein Galeriebesucher ruft in der Verhandlungssaal: „Es lebe die Autonomie der Slowakei, heraus mit der Autonomie!" In dem Besucher, der von Parlamentsdienern herausgeführt wird, wurde der Sekretär Kollesak der slowakischen Volkspartei aus Preßburg festgestellt. Dieser Zwischenfall soll das Vorspiel zu einer größeren Demonstration der slowakischen Volksparteiler in der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses bilden. Die Verlesung der eingelaufenen Zuschriften und Regierungsvorlagen nahm längere Zeit in Anspruch. Im Einlauf befand sich auch das Finanzgesetz, durch welches das Staatsbudget genehmigt wird. Als Erster ergreift das Wort der Außenminister Dr. Beneš zu einem Exposee über die auswärtige Situation. Als der Außenminister die Rednertribüne besteigt, wird er von stürmischem Beifall der koalierten Parteien begrüßt. Gleichzeitig ertönen aus den Reihen der deutschen Parteien Zwischenrufe. Die Vertreter aller koalierten Parteien, mit Ausnahme der Nationaldemokraten, die in ihren Bänken sitzen bleiben, sammeln sich vor der Ministerbank.

Außenminister Dr. Edward Beneš

führt unter anderem aus:

Die Reise nach dem Westen.

Die Julireise nach dem Westen hatte zum Zweck, eine Reihe unserer Fragen zu lösen. Die magyarische Regierung hatte die Reparationskommission kurz vorher um Bewilligung zum Abschluß einer Anleihe, unter Befreiung von der Hypothek des magyarischen Nationalvermögens, ersucht. Es sollte dies der erste Schritt zur Rekonstruktion Ungarns sein. Die Kleine Entente, die in der Angelegenheit ihre bestimmten Rechte hatte, entschloß sich, diese Frage auf einer gemeinsamen Zusammenkunft in Sinaia zu lösen. Da ich den Standpunkt der Westmächte genau kennen lernen wollte, benützte ich eben meine Julireise, um in der Frage Ungarns mich eingehend zu informieren, wie diejenigen, die das erste Recht der Mitentscheidung haben, die Sache betrachten.

Bei den Verhandlungen in Paris und London erkannte ich auch den wahren Stand der Ansichten über die Javorinafrage und infolgedessen gab ich meine Zustimmung dazu, daß die Angelegenheit dem internationalen Schiedsgericht zu einem rechtlichen Gutachten überwiesen werde. Die Frage ist hiedurch entpolitisiert und ich hoffe, daß sie definitiv erledigt werden wird. Den Folgen des unparteiischen Schiedsspruches werden sich sicherlich beide Parteien schweigend unterwerfen.

Einen weiteren Gegenstand meiner Reise bildeten die wirtschaftspolitischen Verhandlungen. Ich habe, wie bekannt, die Grundsätze und prinzipiellen Richtlinien unseres Handelsvertrages mit Frankreich vereinbart, der sodann von den Experten der Kommission in allen Einzelnheiten ausgefertigt wurde und in allernächster Zeit der Nationalversammlung zur Genehmigung unterbreitet werden wird. Ich habe ferner mit Lord Curzon unseren Handelsvertrag mit England und den Dominions vereinbart und sofort unterzeichnet, wodurch eines der wichtigsten Kapitel unserer wirtschaftlichen Verhandlungen abgeschlossen wurde.

Sinaia.

In Sinaia einigten sich die Staaten der Kleinen Entente auf einer neuen Politik gegenüber Ungarn, über die Politik der Rekonstruktion und Zusammenarbeit, allerdings mit der Voraussetzung, daß die inneren Verhältnisse Ungarns es gestatten werden, eine solche Politik durchzuführen. Die tschechoslowakische Republik, Jugoslawien und Rumänien einigten sich auf die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, unter welchen es möglich wäre, mit der Beseitigung der Hypotheken auf einen bestimmten Teil des magyarischen Nationalvermögens und für eine bestimmte Zeit übereinzustimmen. Gefordert wurde eine finanzielle Kontrolle, um den Mißbrauch des Geldes hintanzuhalten, es wurde gefordert, daß die Verbündeten, die den Magyaren keine Zahlungskonzessionen gemacht hatten, in gleicher Weise auf die Zahlungsverpflichtungen aller drei Staaten der Kleinen Entente Rücksicht nähmen, es wurden Garantien seitens Magyariens gefordert, daß es weiterhin eine loyale und friedliche Politik zu seinen Nachbarn führe, es wurde die definitive Lösung der Abrüstungsfrage und die Unterfertigung des dem österreichischen Genfer Protokoll entsprechenden politischen Protokolls gefordert, das zum Ziel hatte, mit Ungarn und den übrigen Staaten eine loyale Friedenspolitik anzuknüpfen.

Ueber den

Korfukonflikt.

sagte der Minister: Unser Standpunkt in dem italienisch-griechischen Streit ist bekannt. Wir waren nicht für Italien oder Griechenland, wir waren für den Völkerbund. Von Anfang an hat

George Groß.

Seit Jahrzehnten hat sich kein Künstler so schnell durchgesetzt, wie George Groß, hat keiner, der einen neuen, eigenartigen Stil schuf, so rückhaltlose Anerkennung gefunden wie er. Seine Bildermappen sind in vielen Tausenden Exemplaren verbreitet, er illustriert Zeitungen und Zeitschriften, viele Bücher sind durch seinen Stift belebt worden: Sinclairs „Hundert Prozent", Nexis „Passagiere der leeren Plätze", Franz Jungs „Rote Woche", Hermynia zu Mühlens Märchenbuch „Was Peterchens Freunde erzählen", Herzfelds „Tragikgrotesken der Nacht" und viele andere. Zu Iwan Golls „Methusalem" hat er die Figuren gezeichnet, kürzlich ist ein Buch über ihn erschienen. In den Arbeiten fast aller Zeichner findet man bereits seine Spuren.

Wer eine seiner Zeichnungssammlungen zu sehen bekommt, sei es (um die bekanntesten zu nennen) „Das Gesicht der herrschenden Klasse", „Abrechnung folgt" oder die neue „Ecce homo"-Mappe, der wird sie nicht so schnell wieder aus der Hand legen. Selbst der unkünstlerischeste Mensch, der Philister, dem Dichtung und Malerei für überflüssiges Getändel gelten, wird von George Groß gefesselt. Da taucht die Frage auf: Woher stammt die außerordentliche Wirkung dieses Künstlers, worin liegt das Geheimnis seines Schaffens?

Man möchte vorerst meinen, in seinem Stil, in der eigenwilligen, gewagten, revolutionären Art, alle Gesetze der Perspektive, der Bildeinheit, der Körperdarstellung über den Haufen zu werfen. Aber nicht nur die durchaus originelle Technik, sondern vor allem der Inhalt, das Dargestellte, ist es, was den Beschauer bannt. Es gibt nichts Unbekanntes, nichts Erfundenes, nichts aus der Vergangenheit Heraufgeholtes in diesen Bildern. Sie sind alle aus unserer Zeit gegriffen, Erscheinungen, die täglich tausendmal um uns wirbeln, sind hier erstarrt. George Groß ist der vollkommenste Spiegel unserer Zeit.

In ruhigen Epochen hatten Künstler die Muße, Landschaften und schön gestellte Bilder zu malen, in aufgeregten Epochen flohen die Künstler in die Einsamkeit, ertrömmten ein überirdisches, von jeglichem Unheil befreites Reich, aus dem sie Visionen festhielten, in Marmor, auf der Leinwand, im Gedicht. Sie predigten das Evangelium der reinen Kunst, der Kunst, die nur um ihrer selbst willen da sei und jede Brücke zur Zeit und ihren Ereignissen abbrechen müßte. Das Ewige, Allgemeine sollte ihr Vorwurf sein, und das suchten sie in idealen Fernen, einer harmonischen Vergangenheit, einer erfundenen Traumwelt. George Groß malt keine Landschaften und keine gestellten Bilder, keine Stilleben und keine Porträts. Der einmalige Gegenstand, das Gesicht eines bestimmten Menschen, interessieren ihn wenig. Und er malt keine Oelbilder, weil diese lange Arbeit erfordern, weil sie einen Stil bedingen, der seinen Absichten nicht entspricht. Er kann nicht losgelöst vom Tage schaffen.

Der Tag selber ist es, den er festhalten will, dessen tiefste Wesenheit er aufzuzeigen versucht. Die überstürzende Hast, in der die Ereignisse wahllos und planlos auf seine Seele einstürmen, läßt keine Technik langsamer Arbeit und sorgsamen Nachfeilens zu. Rasch hingeworfene Bleistiftskizzen, Eindrücke, die sich in wenigen Strichen kristallisieren, sind seine bedeutendsten Schöpfungen. Wenn man von George Groß spricht, meint man den Graphiker.

Wer einstmals nach hundert Jahren in den Mappen des Künstlers blättern wird, der wird klar und nackt die Kräfte erkennen, die in unserer Gegenwart miteinander ringen. Politische Richtungen ebenso wie erotische Verirrungen, das Treiben im Parlament und Börse, ebenso wie die Struktur des bürgerlichen Heims und die Auswüchse des Gesellschaftswahnsinns.

Will man diese Bilder in die Schubfächer der landläufigen Einteilungen legen, müßte man sie als Karikaturen bezeichnen. Aber damit tut man ihnen unrecht. Gewiß haben sie vieles mit der Karikatur gemeinsam. Sie verwerfen die Uebernahme realer Größenverhältnisse in das künstlerische Abbild. Es gibt keine Gebundenheit an physische Gesetze. Zwei Körper können gleichzeitig einen Raum ausfüllen. Es gibt keine Einheitlichkeit der Bilder, keinen Vorder- und Hintergrund. Eine Zeichnung zeigt wirr durcheinander Häuser, Menschen, Räder, Fabriken, eine Ecke ist von diesem Motiv ausgefüllt, eine andere von jenem. Wer sich die Gestalten und Körper, die Groß zeichnet, im realen Raum vorstellen wollte (in der Verbindung, die sie im Kunstwerk vereint), der müßte erst Schwerkraft und Gleichgewichtsgesetze, Raumverhältnisse und natürliche Beschaffenheit des menschlichen Körpers auslöschen. Groß gibt eben nicht Realität wieder — im Sinne des Malers. Und er gibt Realität wieder — wenn man den Inhalt der Bilder betrachtet. Wie viele Künstler wollten abstrakte Begriffe (Glaube, Liebe, Treue) gegenständlich darstellen, als Körper malen — Groß schafft aus existierenden Wesen (Generalen, Pfaffen, Kapitalisten) die Begriffe, die Typen, die Symbole. Die Karikatur verspottet den einzelnen, in dem sie seine Fehler übertreibt. George Groß sucht in dem Menschen den Charakter — nicht das Wesen des Einzelnen, sondern der Klasse, nicht die Seele des Individuums, sondern den Kern, der im Massenmenschen steckt. Darum muß er von der Natur abweichen. Er muß in den dargestellten Menschen unendlich mehr hineinlegen, als ein Einzelner jemals an Kennzeichen aufweisen kann. Er muß den Typus konstruieren — und dieser Konstruktion dient sein Stil. Hier finden wir die Einheit in seinem Kunstwerke wieder. George Groß ist Kämpfer. Nicht so sehr seine Freunde, als seine Feinde gilt es in all ihrer Verworfenheit zu brandmarken. Prassende Schieber, dummstolze Generäle, gemästete Kapitalisten, heuchlerische Pfaffen sind es, die uns als Symbole der Bourgeoisie entgegengrinsen. Höhnische Fratzen, Grimassen, Höllenvisionen — das ist alles, was übrig bleibt, wenn man die Maske vom Gesicht der herrschenden Klasse fortreißt. Verzerrt, manchmal scheußlich verworren, manchmal gradlinig, eckig, steif, immer von eklem Hochmut und Dünkel emporgehoben, blicken uns diese Schädel von Frontkämpfern, Hakenkreuzlern, Fabrikanten, Monarchisten, Generalen, Pfaffen und ähnlichen Reaktionären an. Jede Tiefe fehlt ihnen. Flächenhaft sind sie, hölzern, kantig, wie Hampelmänner; man ahnt die Fäden, die zu den Drahtziehern führen, zu den Ungetümen an Unmenschlichkeit, zu den Stinnes und Ludendorff, die ab und zu selbst in all ihrer Grauenhaftigkeit erscheinen.

Brutal im Ausdruck, originell in den Mitteln, erreichen diese Bilder unerhörte Wirkungen. Plakatfetzen, abgerissene Worte, nebensächliche Utensilien werden zu Kunstmitteln. Totenköpfe gespenstern umher, stehen als Ankläger den stupiden Nutznießern fremden Unglücks gegenüber.

unsere Delegation betont, daß es gleichgültig sei, wer das Problem löse, ob der Völkerbund oder die Botschafterkonferenz der Großmächte. Uns handelte es sich nur darum, daß die politischen Prinzipien, die in dem Statut des Völkerbundes niedergelegt sind, nicht verletzt werden und die kleinen Völker nicht das Vertrauen zu einer Institution verlieren, die für sie doch nur die moralische und teilweise auch materielle Bürgschaft des Friedens, der Ruhe und einer gewissen internationalen Gerechtigkeit ist. Das haben wir auch offen und aufrichtig gesagt. Uebrigens hat der Völkerbundrat einstimmig mit der Zustimmung Italiens und Griechenlands die Untersuchung gerade dieser Frage einer Körperschaft von Juristen übergeben, und wir werden sehen, ob unser Vorgehen richtig war oder nicht. Ich glaube, daß es richtig gewesen ist.

Bei Besprechung der letzten Völkerbundtagungen sagte der Minister:

Im Laufe der Session des Völkerbundes wurden auch die Fragen erörtert, welche unsere zwei Nachbarn, Ungarn und Polen, betreffen. Wir sind für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, für ein

vernünftiges und anständiges Verhältnis zu Ungarn.

Wir sind Nachbarn, die in bedeutendem Maße auf einander angewiesen sind. Dies setzt voraus, daß Ungarn definitiv die Prinzipien und Methoden seiner bisherigen Politik verläßt und zu seinen Nachbarn den Standpunkt loyaler Erfüllung der Friedensverträge und aller übrigen Verpflichtungen einnimmt, sowie, daß es sich grundsätzlich von den Prinzipien des internationalen Rechtes über die Beziehungen der zwei Nachbarn zu einander leiten lasse, insbesondere von dem Prinzip der Loyalität und der Korrektheit. Wir machen diese Politik Ungarn gegenüber und werden sie ohne alle Rücksichten weiterhin machen. In Angelegenheit der Rekonstruktion Ungarns haben wir uns aus prinzipiellen Gründen entschlossen, Ungarn unter den bereits früher angeführten Bedingungen zu helfen.

Unser

Verhältnis zu Polen

wird, wie ich hoffe, schon bald aus der Phase der gefühlsmäßigen Erregungen und überflüssigen Zwistigkeiten herauskommen. Polen und die Tschechoslowakei sind zwei Staaten, die in höchstem Maße aufeinander angewiesen, die politisch für einander unentbehrlich sind. Die Existenz des einen ist für den anderen Voraussetzung und Notwendigkeit. Die Gemeinsamkeit der politischen, moralischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen ist groß. Es gibt eine Reihe von Mißverständnissen. Die internationale Situation ist eine derartige, daß sie nach der Notwendigkeit eines Uebereinkommens ruft und alle verständigen Elemente bei uns — und ich glaube auch in Polen — sind sich dessen bewußt. Es scheint mir, daß sich der Augenblick nähert, da die verantwortlichen Faktoren beider Staaten sich an einen Tisch setzen und ruhig, sachlich und objektiv alle Fragen werden behandeln können, in denen die Interessen identisch sind, in denen ihre Interessen parallel laufen und in denen ihre Interessen entgegengesetzt sein können.

Die Masarykreise.

Ueber die Reise des Präsidenten sagte der Minister u. a.: Sie war auch wichtig infolge ihrer Ziele und der politischen Kundgebungen, die bei dieser Gelegenheit gemacht wurden. Ich betone, daß sich aus alledem, was sich in diesen Tagen zugetragen hat, ein schöner Schluß ziehen läßt, schön und wichtig für uns als Staat. Die Reise zeigt, daß sich unser Staat nach fünfjähriger Existenz in der Gesellschaft der Staaten und Völker einen ehrenvollen Platz erworben, daß seine Arbeit anerkannt und geschätzt wird, daß er einen wichtigen internationalen politischen Faktor darstellt und daß er in seiner Politik eine Richtung eingeschlagen hat, die überall Verständnis und Anerkennung findet.

Sehr ausführlich prach Beneš über die

Handelspolitik.

Hiebei meinte er u. a.:

Die Erkenntnis, daß unsere Handelspolitik nicht prohibitiv sein könne und daß unser Zollschutz nicht das wirtschaftlich berechtigte und unumgänglich notwendige Maß überschreiten dürfe und sich bei der Ausmessung nur nach den Interessengrenzen richten müsse, führte dazu, daß schon im Herbste 1921 die Entscheidung, das Bewilligungssystem aufzuheben, nicht mehr fernelag. Die Entwicklung wurde aber durch die Folgen der Inflations-Finanzpolitik einiger, hauptsächlich der Nachbarstaaten, aufgehalten, die unser ganzes wirtschftliches System bedrohte. Diese vorübergehende Motivierung des Bewilligungssystems kann nicht genug hervorgehoben werden. Mit Genugtuung können wir ausführen, daß wir in Europa der Staat sind, der nach dem Kriege durch die größte Zahl von Handelsverträgen seine vielseitigen und komplizierten wirtschaftlichen Beziehungen und Interessen gegenüber dem Auslande geregelt hat.

Schließlich kam der Minister auf

Deutschland

zu sprechen. Er sagte:

Unsere Außenpolitik betrifft naturgemäß direkt und indirekt der heutige Stand des Reparationsproblems und die Ereignisse in Deutschland. Der wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch in Deutschland hat heute unerwartete Maße erreicht. Politisch komplizierten sich die Verhältnisse in solchen Formen, daß das Problem Deutschlands in seiner Gänze heute das dominierende Problem der internationalen europäischen und Weltpolitik ist. Wir bleiben in dieser Situation neutral, indem wir Deutschland gegenüber unsere Friedensverbindlichkeiten erfüllen. In eventuelle weitere Begebenheiten in Deutschland werden wir uns nicht einmischen, mögen sie den Charakter irgendeiner Aktion von links oder rechts annehmen.

Wir verlangen nur, daß keine ähnliche Aktion unsere Grenzen, Interessen und Rechte berühre, daß sie auch nicht die Grenzen der Nachbarstaaten, insbesondere Oesterreichs überschreite, dem wir durch Vereinbarungen, insbesondere durch den Vertrag von Genf verbunden sind. Die zentrale Gewalt des Deutschen Reiches verliert zwar Schritt für Schritt an Intensität und Einfluß, es wird jedoch kaum in kurzer Zei zu starken, politischen und sozialen Umwälzungen kommen, die die Existenz des ganzen einheitlichen Reiches und ihres heutigen Regimes berühren würden. Wir wünschen kein Chaos in Deutschland. Ebenso wie wir es in Oesterreich und Ungarn nicht gewünscht haben. Es scheint allerdings, daß die heutige wirtschaftliche, finanzielle und politische Desorganisation der Gipfel der Nachkriegskrise in Deutschland ist, und daß es in dieser Situation offenbar genug lange herumirren wird.

Schon heute erwägt man, daß es schließlich notwendig sein wird, Deutschland, damit es das bezahlen könne, was es bezahlen müsse, im Anfang eine Unterstützung zu gewähren, wie dies mit Oesterreich und Ungarn geschehen ist. Hier allerdings ist das Problem viel schwieriger. Handelt es sich ja in Deutschland vor allem um eine große moralische Krise eines großen Volkes und den elementaren Kampf um Sein oder Nichtsein der Demokratie in seiner Mitte. Deutschland hat bisher seine wahre Revolution noch nicht durchgeführt. Darunter leidet es noch heute und wird daran noch lange leiden.

Am Schlusse seiner Rede faßte Dr. Benesch das

Reparationsproblem

folgendermaßen zusammen: Man muß eine englisch-französische Formel über die interalliierten Schulden als Grundlage jedes weiteren Reparationsplanes finden. Man muß unter den Alliierten einen Plan vorbereiten, welcher Deutschland nach einer kurzen Moratoriumsfrist ein solches wirtschaftliches und finanzielles Leben ermöglichen würde, der Deutschland befähigen würde, mit der Erfüllung des gemeinsam vereinbarten Zahlungsplanes zu beginnen. Bei gutem Willen Deutschlands wäre dies möglich. Wenn die Frage der interalliierten Schulden gelöst wäre, würde die Frage der Summe, die Deutschland zu zahlen hat, keine größeren Schwierigkeiten bereiten. Es läßt sich kaum denken, daß ohne irgend eine wenigstens indirekte Zusammenarbeit Amerikas all dies gelingen könnte. Zumindest würde es zu lange dauern. Dies setzt allerdings den guten Willen Deutschlands zur Rekonstruktion voraus. Wenn dieser fehlt und fehlen wird, wird sich Deutschland noch lange Jahre in der jetzigen unsicheren Situation und Chaos befinden, an seinem Verhältnis zu Frankreich und an der weiteren Politik Frankreichs wird dies kaum etwas ändern.

* * *

Präsident Tomašek läßt über den Antrag, über die Erklärung des Außenministers die Debatte am morgigen Tage abzuführen, abstimmen. Der Antrag wird angenommen. In einer zweiten Sitzung, die aus formalen Gründen einberufen wurde, wurde das Budget mit einer dreiwöchigen Frist dem Budgetausschusse zugewiesen.

Sodann ergreift das Wort zu einem Finanzexposé

Finanzminister Ing. Bečka.

Für die ganze Regierung war Sparsamkeit die leitende Idee bei der Abfassung des Staatsvoranschlages für das Jahr 1924. Die Regierung war vom Bestreben gelenkt, die Ausgaben in Einklang mit den Einnahmen zu bringen. Die sinkenden Einnahmen aus den Steuerverträgen nötigen zur größten Vorsicht, denn man kann den Steuerträgern nicht mehr neue Lasten auferlegen. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Staatsausgaben in durchgreifender Weise herabzusetzen, was auch den durch die Stabilisierung der Krone geschaffenen Verhältnissen entsprechen würde. Es ist gelungen, die staatlichen Ausgaben für das Jahr 1924 herabzusetzen.

Während im Jahr 1922 die Ausgaben einen Höhepunkt von 19.812 Millionen Kronen erreichten und im Jahre 1923 noch 19.371 Millionen Kronen betrugen, sanken sie im vorgelegten Budget auf 16.994 Millionen Kronen. Dazu ist nötig, zu bemerken, daß im Budget für das Jahr 1924 auch alle mittels Gesetz geregelten Zulagen der Statsangestellten, welche in den früheren Staatsvoranschlägen nicht figurierten, enthalten sind, und deren Höhe mindestens 1500 Millionen Kronen betrage. Die tatsächliche Herabsetzung der Ausgaben gegenüber dem Budget von 1923 beträgt also 3877 Millionen Kronen, oder in Prozenten ausgedrückt 18.5 Prozent.

Außerdem wurde eine Herabsetzung des Investitionsbudgets um 770 Millionen Kronen vorgenommen, so daß die Gesamtersparnis gegenüber dem Jahr 1923 rund 4647 Millionen Kronen beträgt.

Zu diesen großen Streichungen in den Ausgaben waren wir verpflichtet mit Rücksicht auf die Staatseinnahmen, welche von 18.812 Millionen Kronen auf 16.391 Millionen Kronen sanken. Auch bei den angeführten Streichungen ergibt sich ein Defizit von 603 Millionen Kronen, also ein um 44 Millionen Kronen höheres als im Jahre 1923. Die erwarteten Budgetverluste werden, so hofft der Minister, durch eine gründliche Steuerreform im Jahre 1924 gedeckt werden. Die Bestrebung einer guten Regierung muß dahin gehen, daß jedwedes Defizit im Staatshaushalt verschwindet. In dieser Sache ist der Minister nicht hoffnungslos, er sieht die Morgenröte besserer Zeiten am Horizonte aufsteigen. Die Eisen-, Textil-, Bau- und Glasindustrie gerät in Gang. Der Minister berührt sodann die bedeutendsten Momente in den Aenderungen des Budgets. Die Zuteilungen an die Selbstverwaltungskörper wurden um 232 Millionen Kronen herabgesetzt. In der Ausgestaltung der Armee muß intensiv fortgefahren werden. Es war daher nicht möglich, die Budgetposten für die Armee so zu reduzieren, wie dies unseren Friedensbestrebungen entsprechen würde, ohne daß wir uns in die Gefahr begeben, daß wir dadurch die Sicherheit unseres Staates bedrohen. Man verwendet daher für die Armee 2300 Millionen Kronen, also um 475 Millionen Kronen weniger. Der Minister bespricht sodann ausführlich die Ausgaben jedes Ressorts. Bei der Besprechung des Kapitels „Ministerium für soziale Fürsorge" erwähnt der Minister, daß die Zahl, der die Invalidenunterstützung beziehenden Kriegsbeschädigten eine große ist, und daß aus den Reihen der Kriegsbeschädigten selbst der Ruf ertönt, die leichteren Invaliden aus dem Bezug der Kriegsbeschädigtenbezüge auszuschließen, um den schweren Invaliden größere Beachtung zu schenken. Mit der Versicherung, daß das vorgelegte Budget der Beweis der weiteren Konsolidierung unseres States ist, und daß durch seine Genehmigung der Wille der staatsbildenden Parteien weiterhin in geschlossenen Reihen zu marschieren, gestärkt wird, schließt der Minister mit der Erinnerung an den Ausspruch des unvergleichlichen Dr. Rasin: „Das Wohl der Republik ist uns das höchste Gesetz".

Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet Mittwoch den 31. Oktober, um 11 Uhr vormittags statt.

Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft.

Wir erhielten gestern folgende Mitteilung:

Die Klubobmänner des Abgeordnetenhauses und des Senates der in der deutschen Arbeitsgemeinschaft vertretenen Parteien des Bundes der Landwirte, der deutschen christlichsozialen Volkspartei und der deutschdemokratischen Freiheitspartei traten heute um 10 Uhr vormittags im Abgeordneenhause zur Konstituierung der deutschen Arbeitsgemeinschaft zusammen. Es wurden zunächst die Wahlen für die Herbstsession vollzogen. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Krepek, zu dessen Stellvertreter Sen. Dr. Mayr-Harting, zum Schriftführer Abg. Dr. Kafka gewählt. Die Obmännerkonferenz hielt sofort eine Sitzung ab, in der die Stellungnahme bei der bevorstehenden außenpolitischen Debatte im Abgeordnetenhause und im Senate einmütig festgelegt wurde. Sodann wurde über laufende politische Fragen eine eingehende Beratung gepflogen.

Senat.

173. Sitzung.

Am gleichen Tage wie das Abgeordnetenhaus hielt auch der Senat seine erste Sitzung der Herbstsession ab. Die Bänke aller Parteien waren dicht besetzt. Auf den Plätzen der verstorbenen Senatoren Dr. Stojan (tschechische Volkspartei) und Konečny (tschechischer Nationalsozialist) waren mit Trauerflor umhangene mächtige Blumenbuketts aufgestellt. Nach Eröffnung der Sitzung — 4 Uhr nachmittags — hielt Präsident Prašek den beiden verstorbenen Senatoren einen Nachruf, der vom Hause stehend angehört wurde. Hierauf leisten die Nachfolger der Verstorbenen, die Senatoren Holy und Koukal, das Gelöbnis ab.

In gleicher Weise wie im Abgeordnetenhause hielten sodann Finanzminister Ing. Bečka und Minister des Aeußern Dr. Beneš ihre Exposés, die wir an anderer Stelle des Blattes bringen.

Die nächste Sitzung des Senats findet am 8. November um 4 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Debatte über das Exposé des Außenministers Dr. Beneš.

*

Klubobmännerkonferenz.

Vor Beginn der Senatssitzung fand um 3 Uhr nachmittags eine Konferenz der Klubobmänner statt, in der beschlossen wurde: In der heutigen Sitzung des Senats, die um 4 Uhr beginnt, werden der Finanzminister Ing. Bečka und der Minister des Aeußern Dr. Beneš ihre Exposés vortragen. Die Debatte über das Exposé des Außenministers wird am 8. und 9. November abgeführt. Die Debatte über das Exposé des Finanzministers wird gleichzeitig mit der Generaldebatte über das Budget abgeführt werden. Die nächste Sitzung des Senats findet somit am 8. November, nachmittags 4 Uhr, statt.

Sodann brachten die Senatoren Genossen Dr. Heller, Jelinek und Hartl die Beschwerde wegen der verspäteten Einberufung des Parlamentes vor. Gen. Dr. Heller verwies insbesonders auf den Bergarbeiterstreik, die Gemeindewahlen, die Vorgänge in der auswärtigen Politik, hier vor allem auf die Verhandlungen mit Ungarn, und führte aus, daß es die Demokratie erfordern würde, daß der Minister des Aeußern das Parlament höre, bevor er Verhandlungen so weitreichender Art anknüpfte.

Die derzeitige Diplomatie unterscheide sich in nichts von der Diplomatie des alten Oesterreich.

Weiter verwies Genosse Dr. Heller darauf, daß die Vorlage über die Sozialversicherung infolge der verspäteten Einberufung des Parlaments nicht mehr durchberaten werden könne, und fordert weiter eine Vertretung der deutschen Bevölkerung im Ausschuß des Bodenamtes.

Minister Kramek beantwortete hierauf die Anfragen in durchaus unzureichender Weise, wobei er sich zum Beispiel den Ausspruch leistete, die Gemeindewahlen seien unpolitische Wahlen (!!).

Minister Kramek schiebt die Schuld daran, daß die Sozialversicherung vielleicht nicht mehr durchberaten werden könne, auf den sozialpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses, welcher in den Sommermonaten hätte tagen können.

Gleichfalls ausweichend beantwortete Minister Kramek die übrigen Anfragen, insbesonders jene über die Vertretung im Ausschusse des Bodenamtes, wobei er ausführte, es werde in kürzester Zeit in der Organisation des Bodenamtes eine grundlegende Aenderung eintreten.

Gewiß, Groß wiederholt sich oft, wie sich jeder Apostel wiederholt, der tauben Ohren predigt. Aber bei diesen Wiederholungen wühlt er sich immer tiefer ein in den Kern der Menschen, die sein glühender Haß aufs Papier bringt. Er sieht durch sie durch, ihr Körper ist wie Glas, durch das man die Triebfedern erkennt, die diesen Mechanismus bewegen. Er wirft die Wirklichkeit ganz beiseite — und statt des Kapitalisten steht nur mehr das Kapital, statt des Menschen der Geldsack da. Die bürgerliche Mitleidsheuchelei enthüllt er schonungslos, dem verlogenen Rilke-Wort „Armut ist ein großer Glanz von innen" setzt er ein Bild der Armut entgegen, wie sie ist, wenn man den Flitter hilfloser Sentimentalität, den das bürgerliche Nichthelfenwollen um die Armut hängt, herabreißt. Redensarten, die wir täglich gebrauchen, werden ihm originelle Motive. Wir sagen: der Mann ist vernagelt. Und George Groß zeichnet einen Menschen, vor dessen Stirne sich zwei Balken kreuzen. Wir sagen: Sein Hirn dampft. Und George Groß zeichnet einen Kopf, dessen Schädeldecke fehlt, dessen Hirn dampft. Besonders schlagkräftig sind seine Gegenüberstellungen, die das Wesen der kapitalistischen Weltordnung bloßlegen. Links die Fabrik, eine Szene aus dem Bergwerk, die Mutter an der Bahre des Sohnes („Wo die Dividenden herkommen"), rechts schlemmende, schweinsgesichtige Herren, Aktionäre, Offiziere („Wo sie hinkommen"). Oder „Früh um 5 Uhr": Oben die Fabrik, die Proletarier eilen zur Arbeit. Unten prassen die Kapitalisten mit ihren Huren, kitzeln den Schlund, die Leckerbissen zu erbrechen, um Platz für neue zu schaffen. So brutal die Bilder der Mordknechte sind, so satanisch Totenkopf und Stahlhelm (ein beliebtes Motiv) wirken, so elegisch sind die Gestalten der Proletarier; verzweifelt am Tisch in kahler Kammer, gefesselt am Baum, vor Gericht, als Bettler, als Kriegskrüppel: Opfer und Schuldige werden konfrontiert. Geht von den Figuren der herrschenden Klasse eine eisige Atmosphäre des Hasses aus, so strömt aus den Proletariern Mitleid, Verzweiflung, Menschenliebe. Demut und verhaltene Wut mischen sich in diesen Sklaven des Kapitals. Aber sie recken sich auch trotzig auf, und sie krümmen sich wieder unter den Peitschenschlägen der von ihren Herren gedungenen Schergen. Eine Leidensgeschichte des Proletariats ist in diese Bilderreihe projeziert. Darum sind die Scherze, die Groß versucht, tragisch und nicht komisch: Der Nachttopf, der Deckel auf dem offenen Kopf des Offiziers, der Schädel eines Esels, eines Affen auf dem Rumpf eines reaktionären Schreiers: Alles ist Symbol. Und darum ist kein tiefes Kunstverständnis notwendig, um den Sinn dieser Bilder zu erfassen. Sie sprechen mit elementarer Deutlichkeit. Daß Groß auch manche sehr weit rechts stehende Sozialistenführer aufs Korn nimmt, ist eine Sache, die jenseits der Frage über den künstlerischen Wert seiner Zeichnungen liegt und es ist noch kein Grund, seine Bilder dem sozialistischen Arbeiter fernzuhalten. Kunst läßt sich nicht in Parteischranken bannen und so wachsen die Bilder Georges Groß weit über das Niveau eines kommunistischen Agitationsmittels hinaus. Ist Kunst revolutionär, dann wendet sie sich immer an den Menschen, nicht an den Parteigänger. Vor künstlerischen Schöpfungen, die revolutionierend wirken, fällt jede Grenze zwischen Sozialisten und Kommunisten weg. Wo es sich um gemeinsame Ziele handelt, müssen alle Zwistigkeiten verstummen. Die Künstler hier und dort sind Wegbereiter. Ihr Werk uns zu eigen zu machen, ist nicht mehr als unsere Pflicht. Fritz Rosenfeld-Wien.

Wir und die tschechischen Sozialdemokraten!

Von Dr. Karl Heller.

Das Referat, das ich auf der Bezirkskonferenz in Turn hielt, gab sowohl unserer Parteipresse, als den gegnerischen Blättern Anlaß, sich mit dem Verhältnis unserer Partei zu den tschechischen Sozialdemokraten zu befassen.

Darüber, was die gegnerische Presse sagt, nur ein paar Worte. Daß sich die „Bohemia" über meine Rede aufregt, ist selbstverständlich, da die bürgerlichen Parteien jeden Versuch einer Verständigung zwischen den sozialdemokratischen Parteien fürchten müssen und insbesonders jeden Versuch, eine Aenderung der derzeitigen Politik der tschechischen Sozialdemokraten herbeizuführen, da ihnen diese Aenderung die wirkungsvollste Waffe aus der Hand schlagen würde. Den Kommunisten ihrerseits ist meine Feststellung, daß der erste Schlag gegen die Demokratie von ihnen geführt wurde, offenbar unangenehm. Der „Vorwärts", und ihm plappert es selbstverständlich die Internationale nach, faselt von irgendwelchen geheimen Plänen unserer Partei, die ich ausgeplaudert haben soll, und die im Zusammenhange mit Interventionsabsichten Deutschland gegenüber stehen sollen. Es ist doch immerhin bezeichnend, daß die Kommunisten vom tschechoslowakischen Proletariat verlangen, was die mächtige russische Regierung, die sich auf eine große Armee stützt, verweigert. Kann doch die russische Regierung nicht oft genug ihre Neutralität den Vorgängen in Deutschland gegenüber aller Welt verkünden, und strebt doch Rußland gerade im Zeitpunkt höchster Spannung zwischen Frankreich und Deutschland die Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen mit Frankreich an. Aber auch die Kommunisten haben alles von einer Verständigung der sozialdemokratischen Parteien befürchtet. Und darum das lächerliche Gerede von den geheimen Plänen!

Ganz anders stehen die Dinge den Ausführungen der Parteipresse, insbesonders des „Sozialdemokrat" gegenüber, wenn ich auch hier eine etwas ruhigere Beurteilung der Dinge gewünscht hätte. Ich will versuchen, meinen Standpunkt klarzulegen.

Vor allem finde ich es durchaus nicht „ungewöhnlich", wenn ein Parteigenosse seinen Ansichten vor einem Kreis von Vertrauensmännern der Partei Ausdruck gibt, und es scheint doch eine gelinde Uebertreibung, von „Erisäpfeln" zu sprechen und einen begangenen Disziplinbruch anzudeuten. Es wäre sehr traurig um die Partei bestellt, wenn sie ein offenes Wort nicht vertragen würde. So stehen aber die Dinge auch gar nicht.

Ich will aber versuchen, nüchtern zu bleiben und von großen Worten abzusehen.

Vor allem kann ich wirklich nicht dafür, wenn der „Sozialdemokrat" nicht versteht, was ich will, und aus meinen Ausführungen vollkommen falsche Schlüsse zieht. Was habe ich an den entscheidenden Stellen gesagt? Zu erster Linie habe ich versucht, die Haltung der tschechischen Genossen von ihrem Standpunkt aus zu erklären. Ich habe dasselbe schon in einem Neujahrsartikel der „Freiheit" zu Beginn 1922 nahezu mit denselben Worten gesagt, ohne mir einzubilden, damit etwas Neues vorzubringen. Was hat das mit der Stellung unserer Partei zu tun? Wo habe ich auch nur mit einem Worte angedeutet, daß die Politik und Taktik unserer Partei unrichtig waren und wir neue Wege gehen müssen? Man verzeihe! Aber mir zu unterschieben, als wollte ich unsere Partei für die Staatsideologie der tschechischen Sozialdemokraten gewinnen, grenzt ans Lächerliche! Das hieße, meiner eigenen fünfjährigen Tätigkeit, die dem „Sozialdemokrat" nicht ganz unbekannt sein dürfte, ins Gesicht schlagen, wäre ein Akt des Wahnsinns, dessen Zumutung allein eine Beleidigung ist. Wenn der „Sozialdemokrat" ausführt, es sei unrichtig, daß die Sozialdemokraten „überall" Vertreter der Staatsideologie geworden seien, und diese Unrichtigkeit damit begründen, daß mit Ausnahme Deutschlands und der Tschechoslowakei in keinem Staate Sozialisten in der Regierung sind, so kann ich diese Verwechslung zwischen „Vertretung der Staatsideologie" und „Teilnahme an der Regierung" nur als eine logische Entgleisung ansehen. In England, Schweden, Frankreich, Dänemark, Belgien und Oesterreich haben Sozialdemokraten an Koalitionsregierungen teils in, teils nach dem Kriege teilgenommen und stehen jetzt in der Opposition. Ist dadurch ihre Stellung zum Staate eine andere geworden? In allen diesen Ländern sind sie, wenn die parlamentarischen Voraussetzungen hiefür vorliegen, bereit, die Regierung zu übernehmen, obwohl sie sich gewiß nicht der Illusion hingeben, mit der Uebernahme der Regierung auch schon die Umwandlung der Gesellschaftsordnung durchführen zu können. Aus der Betrachtung der Dinge, aus den Aenderungen, welche der Krieg und die Nachkriegszeit in den politischen und wenn auch leider in geringerem Maße in den wirtschaftlichen Verhältnissen herbeigeführt haben, ergibt sich meiner bescheidenen Ansicht nach die geänderte Stellung der Sozialisten zum Staate, ergibt sich die Möglichkeit, den Staat zum Instrument sozialistischer Aufbauarbeit zu machen. Ein geradezu klassisches Beispiel ist die Stadt Wien, die von Sozialdemokraten verwaltet wird. Die Grundlage der Verwaltung kann keine andere als eine kapitalistische sein. Und doch! Welch ungeheures Stück sozialistischer Arbeit leistet die Stadt Wien.

Der „Sozialdemokrat" schreibt, ich hätte in meiner Rede geraten, daß wir uns den Grundsätzen der tschechischen Sozialdemokraten anzupassen haben. Er würde in schwere Verlegenheit kommen, wenn er einen Satz, nur ein Wort meiner Rede anführen sollte, welche diesen Schluß zuläßt, und es erschwert die Polemik sehr, wenn man sich auf Schritt und Tritt mit Konstruktionen herumschlagen soll, die erst zu dem Zwecke gemacht werden, um die eigenen Ausführungen begründen zu können. Aber mir scheint das alles sehr unfruchtbar und nur geeignet, Bitterkeiten zu erzeugen, die für die Sache selbst kaum ersprießlich sein können. Deshalb möchte ich wiederholen, was ich in Turn gesagt habe, um Sinn und Zweck dieser Ausführungen den Parteigenossen verständlich zu machen. Es mag sein, daß die selbstverständlich gekürzte Wiedergabe meiner Ausführungen in der „Freiheit" einen Teil der Mißverständnisse verschuldet hat. Die Vertrauenspersonen, welche die Rede gehört haben, haben sie offenbar verstanden, wie sie gemeint war.

Und nun zur Sache: Wir alle ohne Unterschied wollen die Einigung des Gesamtproletariats, wir haben die Einberufung des Proletarierkongresses in Karlsbad beschlossen, uns trifft keine Schuld an der Nicht-Verwirklichung dieser großen Idee. Seit Karlsbad hat die Spaltung innerhalb des Proletariats Fortschritte gemacht. Die kommunistische Partei ist entstanden und hat größere Teile des tschechischen, kleinere des deutschen Proletariats mit sich gerissen.

Rings um uns macht die Reaktion ungeheure Fortschritte. Sie ist eben daran, Deutschland zu verschlingen. Es gibt keine tatsächliche Macht, welche das verhindern kann. Ich will nur Tatsachen konstatieren und nicht untersuchen, wen die Schuld trifft. Tatsachen muß man aber ins Auge sehen. Das „Aussprechen was ist" darf keine Versammlungsphrase bleiben.

Ist es notwendig, die Gefahren zu schildern, welche dem Proletariat der Tschechoslowakei aus dem Siege der Reaktion an allen Grenzen drohen? Und soll das Proletariat diesen Gefahren gegenüber untätig bleiben? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.

Welche Mittel der Abwehr — und nur um eine solche kann es sich heute handeln — hat das Proletariat der Tschechoslowakei? Ausschließlich, es gibt kein anderes Mittel, als seine Einigkeit! Getrennt wird es geschlagen, wird auch hier, wo alle Vorbedingungen vorhanden sind, wo das Bürgertum nicht um ein Haar anders ist, aus den ökonomischen Bedingungen heraus nicht anders sein kann als anderswo, die brutale bürgerliche Reaktion siegen!

Wie können wir diese Einigkeit erreichen? Durch bloße Aufrufe und den Ruf nach der proletarischen Einheitsfront gewiß nicht.

Das deutsche und tschechische Proletariat ist, von den Nationalsozialisten abgesehen, in drei große Lager gespalten. Ich stimme mit dem „Sozialdemokrat" vollständig überein, daß es derzeit unmöglich ist, mit den Kommunisten zu einer Verständigung zu gelangen, wobei ihre Abhängigkeit vom Moskauer Diktat meiner Ansicht nach nicht die einzige Ursache dieser Möglichkeit ist. Ihre von der unseren vollständig verschiedene Betrachtung der aus den ökonomischen Verhältnissen fließenden Machtverhältnisse, ihre geradezu verbrecherische Taktik in den Gewerkschaften, ihre das Vertrauen der Arbeiter nicht nur zu den früheren, sondern zum Sozialismus überhaupt untergrabende Verleumderkampagne, das alles und vieles andere nötigt uns, mit einer Annäherung zuzuwarten, bis die Vorbedingungen für eine solche gegeben sind.

Bleibt uns also nur die tschechische Sozialdemokratie! Von ihr trennt uns, wie ganz zutreffend gesagt wird, hauptsächlich ihre von der unseren völlig verschiedene Stellung zum Staate! Es besteht wenig Aussicht, die Stellung einer der beiden Parteien in dieser Frage zu ändern! Soll deshalb eine Annäherung oder Verständigung für alle Zukunft ausgeschlossen sein? Das hieße, die Ohnmacht des Proletariats auf unabsehbare Zeit besiegeln! Und da erschien es mir nun erforderlich, die Stellung der tschechischen Sozialdemokraten unseren Vertrauensmänner zu erklären, durchaus nicht zu rechtfertigen, und aufzuzeigen, daß die tschechischen Sozialdemokraten innerhalb der Koalitionsregierung doch auch manche Vorteile für die Arbeiterschaft herauszuschlagen imstande waren. Daß ich dabei die Stellung unserer Partei zum Staate nur mit wenigen Worten streifte, erklärt sich einmal aus der vorgerückten Stunde, vor allem aber aus der Tatsache, daß es eine ganz bedeutende Unterschätzung der Vertrauenspersonen des Teplitzer Bezirkes bedeuten würde, wenn man bei ihnen diese Kenntnis nicht voraussetzen wollte. Und schließlich möchte ich bei aller Bescheidenheit hervorheben, daß den Genossen meine persönliche Ansicht in dieser Frage doch einigermaßen bekannt ist.

Gewiß unterlassen es die tschechischen Sozialdemokraten, ihren Parteigenossen unsere Haltung zu erklären. Aber eben darin, in dieser gegenseitigen Absperrung, in dieser ganz überflüssigen Verschärfung der Gegensätze, wie sie besonders seitens der tschechischen Genossen geübt wird, in dieser Vergiftung der Atmosphäre, die bis zu persönlicher Feindschaft führen muß, erblicke ich eines der schwersten Hindernisse für eine Annäherung. Trotz der entgegengesetzten Auffassung des Staates muß es einen Weg geben, der praktisch zu einer Verständigung führt. Die Steine, die auf diesem Wege liegen, aus dem Wege zu räumen, sie nicht zu unübersteigbaren Mauern werden zu lassen, ist die Pflicht eines jeden Sozialdemokraten hüben wie drüben. Die Ungeheuerlichkeit, mir zuzumuten, ich wolle unsere Partei in die allnationale Regierung führen, ich wolle, daß wir die Friedensverträge anerkennen usw., weise ich mit Verachtung von mir. Für mich ist die Frage des Eintrittes in eine Regierung, die allerdings ganz anders aussehen müßte als die gegenwärtige, eine ganz nebensächliche. Die entscheidende Frage ist für mich: Wie kommen wir zu einer Vereinigung des Proletariats? Und da die Kommunisten derzeit ausscheiden, wie kommen wir zu einer Verständigung der sozialdemokratischen Parteien? Und da scheint mir die erste Voraussetzung die Beseitigung des Hasses, gegenseitiges Verstehen, und wenn wir die bestehenden Gegensätze nicht beseitigen können, so müssen wir sie abschleifen! Wir können und werden auf das Recht der Selbstbestimmung nicht verzichten! Aber wir werden, wenn wir in diesem Staate gleichberechtigte Bürger sind, mitarbeiten im Interesse des Proletariats!

Für den Fall aber, als aus den Zuständen in Deutschland eine Bedrohung der Arbeiterschaft dieses Landes, eine Gefahr faschistischer Reaktion entstehen sollte, dann allerdings ist es unsere Pflicht, ohne Rücksicht auf unsere Stellung zum Staate, alles zu tun, um den Anschlag der Reaktion abzuwehren!! Außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Mittel! Wenn es der Arbeiterschaft ohne Unterschied der Nation an den Kragen geht, wenn die Gefahr besteht, daß die tschechische Bourgeoisie als Vertreterin der Bourgeoisie aller Nationen den Reigen der fascistischen Reaktion schließt, dann — das ist meine Meinung — hat das Proletariat nicht nach der Verschiedenheit der Staatsauffassung, so wichtig diese ist, zu fragen, sondern sich zum gemeinsamen Abwehrkampfe zusammenzuschließen! Die gemeinsame Gefahr und die gemeinsame Arbeit wird auch den tschechischen Sozialdemokraten die Augen öffnen, wird sie lehren, daß die von ihnen so sehr geliebte Republik eine festere Grundlage erhält, wenn sie in den Gefühlen der Nation verankert ist, oder, wie der „Sozialdemokrat" sagt, „eine von allen Bürgern geliebte Heimstätte wird."

Das und nicht mehr habe ich gesagt und wollte ich sagen, das und nicht mehr ist aus meinen Worten zu lesen. Alles übrige ist Phantasie!

• • •

Anmerkung der Redaktion: Die vorstehenden Ausführungen des Genossen Doktor Heller fassen wir als eine Ergänzung und Erläuterung der in seiner Turner Rede gemachten politischen Darlegungen auf, die die Veranlassung unserer Polemik bildeten. Zur wesentlichen Klärung der anscheinenden Gegensätze hat auch eine ausführliche Diskussion beigetragen, welche in einer gemeinsamen Sitzung der Klubs unserer Abgeordneten und Senatoren abgeführt wurde. Der Inhalt des vorstehenden Artikels, wie auch der Umstand, daß die Aussprache über diese politischen Fragen zunächst noch im Parteivorstande erfolgen wird, veranlassen uns, mit der Entgegnung des Genossen Dr. Heller die Erörterung über die Angelegenheit abzuschließen.

Der Staatsvoranschlag für 1924.

Ausgaben:

1. Präsident der Republik	3,000.000
2. Kanzlei des Präsidenten der Republik	13 674.618
3. Nationalversammlung	39,361.443
4. Oberstes Verwaltungsgericht und Wahlgericht	4,599.619
5. Oberstes Kontrollamt	3,934.425
6. Zuweisungen an die Selbstverwaltungskörper	798,257.000
7. Staatsschuld	1.986,131.074
8. Pensions- und Versorgungsgenüsse	610 050.360
9. Ministerratspräsidium	157 496.892
10. Ministerium des Aeußern	173 234.118
11. Ministerium für Nationalverteidigung	2.299,973.630
12. Ministerium des Innern	599,750.482
13. Ministerium für Schulwesen	845,921.810
14. Finanzministerium	1.641 080.782
15. Handelsministerium	38,712.758
16. Postministerium	853,292.770
17. Eisenbahnministerium	4.174,517.870
18. Ackerbauministerium	655,366.342
19. Justizministerium	279,881.952
20. Ministerium für öffentliche Arbeiten	739 024.793
21. Ministerium für soziale Fürsorge	786 962.927
22. Volksernährungsministerium	18,764.334
23. Gesundheitsministerium	159,142.893
24. Unifikationsministerium	1,844.068
25. Liquidierung der Heimkehrerkosten	110 000.000
Gesamtausgaben	**16.993,976,905**

Einnahmen:

1. Präsident der Republik	—
2. Kanzlei des Präsidenten der Republik	1,790.542
3. Nationalversammlung	204.000
4. Oberstes Verwaltungsgericht und Wahlgericht	24.000
5. Oberstes Kontrollamt	—
6. Zuweisungen an die Selbstverwaltungskörper	—
7. Staatsschuld	—
8. Pensions- und Versorgungsgenüsse	87,509.000
9. Ministerratspräsidium	153,102.750
10. Ministerium des Aeußern	30,030.000
11. Ministerium für Nationalverteidigung	172,519.500
12. Ministerium des Innern	7,201.260
13. Ministerium für Schulwesen	14,193.878
14. Finanzministerium	9.077,840.040
15. Handelsministerium	48 989.100
16. Postministerium	1.089,313.000
17. Eisenbahnministerium	4.603,237.530
18. Ackerbauministerium	526 476.371
19. Justizministerium	21,214.733
20. Ministerium für öffentliche Arbeiten	492.541.267
21. Ministerium für soziale Fürsorge	8,700.300
22. Volksernährungsministerium	240.000
23. Gesundheitsministerium	56,166.230
24. Unifikationsministerium	—
25. Liquidierung der Heimkehrerposten	—
Gesamteinnahmen	**16.391,293.591**
Personalausgaben	**8.122,285.812**
Sachausgaben	**8.871,691.093**

Investitionsbudget:

A Ministerratspräsidium	3 090.000
B Postministerium	125,000.000
C Eisenbahnministerium	1.020,000.000
D Ackerbauministerium	57,945.000
Ministerium für öffentliche Arbeiten	1.023,195.000
Summe	**2,229,230.000**

Ausland.

Mehr Wahrhaftigkeit!

Die letzte Nummer des Reichenberger „Vorwärts" überschüttet uns wieder einmal — im Leitartikel und etlichen längeren und kürzeren Notizen — mit einer wahren Flut von Beschuldigungen und Beschimpfungen. In diesen Stunden, da das Schicksal Deutschlands und seiner Arbeiterschaft am Spiele steht, haben wir nicht Zeit, dem „Vorwärts", so wie er uns, fünf Spalten zu widmen. Und wir haben dazu um so weniger Neigung, als wir nichts dazu beitragen möchten, die Kommunisten in ihrer grenzenlosen Selbstüberschätzung zu unterstützen. Auch ein nur bescheidenes Maß von Selbstkritik könnte doch die Herren von Reichenberg veranlassen, etwas zurückhaltender zu sein, da doch die Gemeindewahlen den Beweis erbrachten, daß Kreibich und die Seinen nur im Namen eines Bruchteiles der deutschen Arbeiterschaft dieses Staates zu sprechen das Recht haben. Bisher haben die Kommunisten eingestandenermaßen ihre „Macht" und ihren „Einfluß" — nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern in ganz Europa — lächerlich „überschätzt" und nun suchen sie, durch noch größeren Stimmaufwand die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. So ist der Rummel zu erklären, den sie in den letzten Tagen aus Anlaß der katastrophalen Zustände im Reiche zu veranstalten sich bemühen. Und weil wir, die wir Macht und Einfluß der Arbeiterklasse richtig einschätzen, diesen Rummel nicht mitmachen, verleumden sie uns, indem sie behaupten, daß wir uns „von der Erfüllung der Pflicht drücken wollen, welche die nahende deutsche Revolution dem Proletariat der Tschechoslowakei auferlegt", daß wir „die Arbeiter einlullen und einschläfern wollen". Und was wäre, nach der Meinung des „Vorwärts", unsere Pflicht? „Jedes Eingreifen unserer Bourgeoisie gegen die deutsche Revolution im Keime zu vereiteln." Das werden wir auch besorgen, aber, und zwar erst dann, wenn dieser Keim sich zeigen wird, von dem bisher keine Spur vorhanden ist. Es ist richtig, daß die tschechoslowakische Regierung die Grenzen abzuriegeln und dort Gendarmerie und Polizei zusammenzuziehen beginnt. Diese Maßnahmen, die vorweg an den Grenzen des Egerlandes getroffen werden, richten sich aber offensichtlich nicht gegen die sozialistische Arbeiterschaft, sondern gegen die bayerischen Rechtsputschisten und Hakenkreuzler, gegen ein etwaiges Uebergreifen des Fascismus auf den Boden der tschechoslowakischen Republik. Auf der einen Seite wollen die Kommunisten den Arbeitern die Witterung von einem bevorstehenden kontrerevolutionären Eingreifen der tschechoslowakischen Regierung geben, auf der anderen Seite loben sie deren Politik der „klugen Mitte". Und da wir diese Zwiespältigkeit ihrer Politik aufwiesen, sucht der „Vorwärts" die patriotische Kundgebung des „Rudé Právo" in eine Aeußerung „schärfster Kritik" umzukehren. Warum, fragen wir, zitiert der „Vorwärts" nicht die entscheidenden Sätze des „Rudé Právo" über die „Politik Masaryk-Benesch", der es „gelungen ist, die Tschechoslowakei von den anderen Nachfolgestaaten zu unterscheiden und sie zum relativ festesten Staat . . . zu machen"? Warum, fragen wir, zitierte der „Vorwärts" gestern nicht das kommunistische Wort von der „Politik der klugen Mitte" dieser Staatsmänner, die „sich gegen die Intervention in Rußland stellen"? Weil eben nicht einmal der „Vorwärts" die Arbeiter glauben zu machen wagt, daß die Tschechoslowakei gegenüber Sowjetrußland Neutralitätspolitik, gegen das republikanisch-kapitalistische Deutschland aber Interventionspolitik treiben wird. Darum aber ist auch das überlaute Agieren der Kommunisten über die Hilfeleistung der hiesigen Arbeiter für das Proletariat Deutschlands nichts als Schaumschlägerei. Wir helfen, ohne davon viel Federlesens zu machen, dem verelendenden Proletariat Deutschlands materiell. Unsere Kräfte sind nicht groß, doch vermögen wir, als die

Massenpartei der deutschen Arbeiterschaft, aus eigenem mehr, als die Reichenberger. Nur daß es eben unsere Sache ist, zu handeln, ohne zu lärmen. Die um den „Vorwärts" machen das umgekehrt.

Einfache Methode.

Noch einen Fall aus dem Reichenberger „Vorwärts" glauben wir unbedingt hervorheben zu müssen. Wir haben am Samstag jene „Vorwärts"-Notiz wiedergegeben, in der mit den entsprechenden Verdächtigungen auf den Klassenkampfcharakter unserer Partei behauptet worden war, daß die deutschen Sozialdemokraten in Böhm.-Kamnitz bei der Bürgermeisterwahl mit den Deutschnationalen gekoppelt hätten, obzwar unsere Genossen durch Zusammengehen mit den zwei kommunistischen Gemeindevertretern den zweiten Bürgermeister hätten stellen können. Wir stellten demgegenüber die Wahrheit fest, daß erstens in Böhm.-Kamnitz die Kommunisten überhaupt nicht kandidierten, daß zweitens auch die Koppelung mit den Deutschnationalen eine freie kommunistische Erfindung ist und daß drittens unsere Genossen in Böhm.-Kamnitz mit keiner Partei ein Wahlübereinkommen trafen. Wie begegnet nun der „Vorwärts" dieser Anprangerung seiner Unwahrhaftigkeit? Er meldet:

> **Zur Bürgermeisterwahl in Böhm.-Kamnitz,** von der wir vor kurzem berichteten, haben wir richtig zu stellen, daß in B.-Kamnitz keine kommunistischen Gemeindevertreter existieren. Die Tatsache, daß die Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen ein Wahlübereinkommen getroffen haben, bleibt aber trotz allen Ableugnens des „Sozialdemokrat" weiter bestehen.

Fürwahr, eine einfache Methode! Seine früheren Behauptungen gibt der „Vorwärts" nicht wieder, damit sich etwa der kommunistische Arbeiter von der Machart oder auch nur von dem Irrtum dieses Blattes überzeugen könnte. Er stellt nur richtig, daß es in Böhm.-Kamnitz keine Kommunisten gibt, nicht aber, daß die Sozialdemokraten mit den Deutschnationalen nicht gekoppelt haben. Und statt die Verantwortung für eine falsche Behauptung auf sich zu nehmen, fügt der „Vorwärts" eine neue falsche Behauptung, nämlich die von dem „Wahlübereinkommen" hinzu. Nach Anwendung dieser einfachen Methode steht dann der „Vorwärts" wieder rein da. Natürlich nur vor jenen, die keine Gelegenheit haben, sich von der Wahrheit anderwärts zu überzeugen. Und eine solche Presse besitzt die Kühnheit, andere zu verleumden, daß „sie sich von der Erfüllung ihrer Pflicht drücken"!

Ausland.

Vor dem Generalstreik in Polen.

Der Streik in Oberschlesien, den die Teuerungswelle, die Polen mit noch nie erreichter Wucht heimsuchte, spontan hervorgerufen hat, ist zusammengebrochen, gleichzeitig an der Uneinigkeit der Streikenden, an der Kopflosigkeit der Führer des Gewerkschaftsbundes und an den Intrigen, die von der Nationalen Arbeiterpartei und den polnischen Sozialisten ausgegangen sind. Dazu kam die brutale Gewalt der Warschauer Regierung, die die deutsche und kommunistische Presse verbot, die Druckereien unter Siegel und die Siegel unter militärische Bewachung stellte. Hunderte unschuldiger Arbeiter sitzen noch immer in den Gefängnissen, gepeinigt von der berüchtigten Staatspolizei, nur weil ihre Adressen in den Redaktionen der oppositionellen Blätter gefunden wurden. Inzwischen aber hat die Erregung auch die übrige Arbeiterschaft Polens ergriffen. Die Naphthaarbeiter stehen seit längerer Zeit im Streik, im Dombrowaer Kohlenrevier ist es seit der furchtbaren Katastrophe auf der Redengrube, die durch die Unterlassung der primitivsten Sicherungsmaßnahmen hervorgerufen wurde, nicht mehr zur Ruhe gekommen, und jetzt ist der Streik der Kohlenarbeiter seit mehreren Tagen allgemein. Die Lodzer Textilindustrie steht zum größten Teil still, die Regierung versucht die Unternehmer zu schützen und schickt Militär zum „Schutze" der Fabrikanten. Plötzlich aber setzte die Bewegung der Eisenbahner ein. Die Maschinisten und Heizer der Krakauer Direktion begannen mit dem Streik, langsam folgten die anderen und jetzt streiken fast alle Direktionen Polens. Die Regierung antwortete auf den Streik mit der sofortigen Mobilisierung der Eisenbahner. Dabei war diese Mobilisierung lange vorbereitet, denn die Eisenbahner, insbesondere die Heizer erhalten einzeln die Einberufungen; ebenso war ganz in der Stille die Mobilisierung der Unteroffiziere der verschiedensten Jahrgänge durchgeführt. Die Eisenbahner werden sofort neu vereidigt und müssen unter den Bajonetten der Soldaten und der Polizei ihren Dienst verrichten. So wird der Personenzugsverkehr notdürftig auf den größeren Strecken durch die Eisenbahningenieure und die militarisierten Eisenbahner aufrecht erhalten; wie er aussieht, beweist der Zugszusammenstoß bei Szakowa, wo ein Schnellzug auf einen Güterzug auffuhr. Da die Regierung die Markentwertung damit bekämpfen will, daß sie die nach dem Multiplikator errechneten Zulagen den Beamten nicht auszahlt, sind einfach auch die Postbeamten in Krakau und bald darauf die in Warschau in den Streik getreten. Eine telephonische oder telegraphische Verbindung mit den Zentren des Reiches zu erreichen, ist derzeit unmöglich. Daß die unglaublichsten Gerüchte durch die Luft schwirren, ist nur zu begreiflich. Dabei reagiert das Ausland und die Börse auf diese Vorgänge sehr empfindlich; die Mark fällt von Stunde zu Stunde. Der Teuerungstaumel wächst.

Durch diese Ereignisse gezwungen, hat die polnische sozialistische Partei nach Warschau eine Konferenz einberufen, die über den Generalstreik entscheiden soll. Ob die P. P. S. den Generalstreik beschließen wird, und ob dieser Beschluß dann auch durchgeführt werden wird, ist noch fraglich, jedenfalls würde dieser Beschluß sehr starke politische Konsequenzen nach sich ziehen. Es wäre der erste Generalangriff der Linken gegen die heutige Witosregierung. Welche weiteren Folgen er zeitigen kann, ist nicht abzusehen. Immer offener spricht die Rechte davon, eine Diktatur nach italienischem Muster aufzurichten, immer offener organisiert sich die sogenannte Intelligenz nach fascistischem Beispiel.

Ob es zu diesem Endkampf zwischen der Linken und der Rechten schon anläßlich der möglichen Proklamierung des Generalstreikes kommen wird, und wie er bei der Uneinigkeit der Arbeiterorganisationen ausfallen mag, das werden uns die nächsten Tage lehren.

Das rote Sachsen erdrosselt.

Unter diesem Titel nimmt in einem geradezu klassischen „Arbeiter-Zeitung"-Artikel unser Wiener Bruderblatt Stellung zu den letzten Ereignissen in Sachsen und unterzieht zugleich die Haltung und die allzu koalitionstreue Selbstaufopferungspolitik der Vereinigten sozialdemokratischen Partei einer gewissenhaften und dabei freundschaftlichsten Kritik. Wenn wir uns auch versagen müssen, den ausgezeichneten Aufsatz vollinhaltlich wiederzugeben, so sei doch der Schlußappell der österreichischen Sozialdemokratie an die Genossen im Reiche hier abgedruckt. Die „Arbeiter-Zeitung" sagt:

> Wir deutschösterreichischen Sozialdemokraten haben es immer vermieden, unsere große deutsche Bruderpartei, der wir immer so eng verbunden waren, leichtfertig zu kritisieren. Wir meinen, daß der Sieg Poincarés an der Ruhr, ein Sieg nicht nur Frankreichs über Deutschland, sondern auch der Reaktion über die Revolution, unsere deutsche Bruderpartei in eine Lage höchster Tragik gebracht, vor unlösbare Aufgaben gestellt hat. Wir verstehen aus eigener Erfahrung, wie viel leichter man, von keiner Verantwortung belastet, von außen kritisiert, als man, von schwerster Verantwortung für das Schicksal von Millionen belastet, zu handeln vermag. Aber trotzdem hieße es in dieser Schicksalsstunde die Pflicht freimütigen Wortes, die gerade der Freund dem Freunde schuldet, schwer verletzen, wenn wir unseren reichsdeutschen Genossen verhehlen wollten, daß die Politik, die sie zu Mitschuldigen der durch und durch konterrevolutionären Tat (der Absetzung der Arbeiterregierung) macht, die heute in Sachsen verübt wurde, nicht nur die Erbitterung breiter Arbeitermassen im Reiche gegen die Partei wenden muß, sondern auch im Ausland von keinem Sozialdemokraten mehr verstanden und vertreten werden kann. Man kann die fascistische Diktatur in Deutschland nicht dadurch verhüten, daß man selbst zu ihrem Schrittmacher wird! Setzt sich die deutsche Sozialdemokratie in Gegensatz zur deutschen Arbeiterklasse, dann wird sie sehr bald keine reale Macht mehr sein und dann erst recht hinweggefegt werden, sobald der Fascismus seine Stunde gekommen glaubt! Hundertmal besser, im Augenblick konterrevolutionärer Gewalt in Ehren zu erliegen, als auf die Partei die Schande zu laden, selbst zur Mitschuldigen konterrevolutionärer Gewalt geworden zu sein! Noch ist nichts verloren. Noch kann ein mutiger Entschluß Ehre und Zukunft der Sozialdemokratie retten. Aber dieser Entschluß muß, so schwer er sein mag, gefaßt werden. Das wollten, das mußten wir in alter herzlicher Freundschaft unseren Freunden im Reiche sagen; ihnen sagen, weil uns um Deutschland, weil uns um die deutsche Sozialdemokratie bange ist.

*

Proteststreiks in Sachsen.

Dresden, 30. Oktober. (Wolff.) In zahlreichen industriellen Betrieben ist es heute zu Teilausständen gekommen. In Freital und Chemnitz wird gestreikt. In Bautzen haben auch die Arbeiter der Elektrizitäts- und Wasserwerke die Arbeit niedergelegt. Das Wehrkreiskommando hat jede Aufforderung zum Generalstreik verboten.

Ja, Bauer, das ist ganz was anders!

Wie Kahr in Bayern ungestört „verfassungsmäßig" regiert.

Berlin, 30. Oktober. Der Berliner Börsenkurier" meldet aus München, daß Herr v. Kahr, dessen Annäherung an Hitler und Ludendorff immer deutlicher wird, wie aus seiner Umgebung verlautet, jetzt kriegerischer ist als je. Es wird versichert, daß schon sehr weit gediehene Pläne bestanden, eine deutsche Gegenregierung in München auszurufen und daß diese Pläne durch das schnelle Vorgehen in Sachsen gestärkt worden sind, da man jetzt mit dem Schlagwort von einem marxistischen Kabinett Stresemann sich nicht mehr eine so allgemeine Agitationskraft verspricht.

Hitler, der General der Veteranen.

Berlin, 30. Oktober. Wie die Blätter aus München berichten, hat die außerordentliche Generalversammlung des Landesverbandes der bayerischen schweren Artillerie beschlossen, sich geschlossen hinter Adolf Hitler zu stellen.

Poincarés rheinländische Ulster-Republik.

Ein Aufruf „an Alle!"

Wiesbaden, 29. Oktober. (Havas.) Die interimistische Regierung hat einen Aufruf an sämtliche Völker der Welt gerichtet, in welchem sie sie „brüderlich" begrüßt und den von Preußen hervorgerufenen Weltkrieg verurteilt. Die Regierung erklärt sich bereit, den entsprechenden Teil der Reparationen zu bezahlen

Düsseldorf, 30. Oktober. (Havas.) Wie gemeldet wird, wurde in Köln unter dem Vorwande eines Zentralwirtschaftsrates eine effektive rheinische Regierung gebildet, welcher nur die offene Proklamierung als solche fehlt. In derselben sind die wirtschaftlichen Vertreter des Rheinlandes und Westfalens, der Syndikate, der Behörden usw. vertreten. Auf die Proklamierung der Autonomie des Rheinlandes wird nicht lange zu warten sein.

Worms, 30. Oktober. (Wolff.) Die Sonderbündler haben gestern abends hier die Rheinrepublik ausgerufen. Auf dem Kreisamte weht die grün-weiß-rote Fahne.

Die Reparationskommission hat Zeit.

Paris, 30. Oktober. Die Reparationskommission hat sich heute nachmittags mit der deutschen Note vom 24. Oktober beschäftigt und die Anhörung der deutschen Sachverständigen vertagt. Eine halbamtliche Mitteilung wird im Laufe des Abends ausgegeben werden.

Bonar Law gestorben.

London, 30. Oktober. (Reuter). Der ehemalige englische Premierminister Bonar Law ist gestorben.

*

Bonar Law, der Nachfolger Lloyd Georges, war der erste Leiter des unionistischen Kabinetts. Er trat nach siebenmonatiger Ministerpräsidentschaft als leidender Mann zurück. Im Kriege war er Mitglied des englischen Kriegsrates und später gehörte er auch der Versailler Friedensdelegation an.

Die Lohnpolitik der russischen Gewerkschaften.

Wir haben vor einigen Tagen über den Mitgliederstand der gewerkschaftlichen Organisation Rußlands berichtet und haben auch einiges über die Lohnpolitik der russischen Gewerkschaften gesagt. Nachdem nun in der letzten Zeit im kommunistischen „Vorwärts" in Reichenberg und im „Roten Gewerkschafter" vom 24. September 1923 die Lohnverhältnisse in Rußland in irreführender Weise behandelt werden, sehen wir uns veranlaßt, neuerdings über die russische Entlohnung zu berichten. Um von vornherein dem Vorwurfe der Parteilichkeit aus dem Wege zu gehen, wollen wir wieder russischen Zeitschriften das Material entnehmen. Wir bedienen uns des russischen Gewerkschaftsorganes „Trud", welches das Zentralorgan des allgemeinen russischen Zentralgewerkschaftsrates ist. In den kommunistischen Zeitungen der Tschechoslowakischen Republik wird die Lage der russischen Arbeiter immer in aufsteigender Tendenz geschildert, es wird aber niemals der Arbeiterschaft erklärt, wie weit die russische Arbeiterschaft unter das Existenzminimum gesunken war und wie weit die Verelendung durch die Gewerkschaftspolitik in Rußland vor sich gegangen ist.

Im Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Interesses steht in jedem Lande die Sicherung einer ausreichenden Entlohnung der Arbeitnehmer. Nicht so war es in Rußland. Indem die russischen Gewerkschaften in den letzten Jahren von 1917 bis 1922 die Organisierung der Produktion als ihre vornehmste Aufgabe betrachteten und den Gedanken einer Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter, als Verkäufer der Ware Arbeitskraft, für den Sowjetstaat grundsätzlich verwarfen, waren sie bestrebt, den Arbeitslohn auf einem niedrigen, den Arbeiter tatsächlich zu einem Hungerdasein verurteilenden Niveau zu halten.

Die Folgen dieser Politik waren verheerend: Völlige Verelendung und zum Teil buchstäbliches Aussterben der Arbeiter, Flucht der Arbeiter aus den Betrieben (dagegen war auch das Arbeitspflichtgesetz machtlos) katastrophales Sinken der Arbeitsleistung, Arbeitsversäumnisse, Unterschlagungen, Beschleunigung des Ruins der russischen Industrie waren die Erscheinungen und Folgen der Gewerkschaftspolitik in Rußland. In einem Leitartikel des „Trud" vom 19. Feber 1922 wird über diese Verhältnisse folgendes festgestellt:

> „Als Ergebnis der Durchführung einer solchen Tarifpolitik der Gewerkschaften in Rußland, haben wir ein katastrophales Sinken der Arbeitsleistung und eine Verelendung des industriellen Proletariates zu verzeichnen. Gegen die Mitte des Jahres 1921 erfolgte dann eine Abänderung des wirtschaftlich-politischen Kurses, in der sogenannten neuen Wirtschaftspolitik, wo durch das Aufkommen einer großen Anzahl privater, hauptsächlich vom Staat verpachteter Unternehmungen die russische Gewerkschaftsbürokratie gezwungen war, ihre Lohnpolitik zu ändern. Zunächst war das Bestreben, die Löhne in den Privatbetrieben möglichst niedrig zu halten, sehr stark, um dadurch auch in den Staatsbetrieben die Löhne nicht erhöhen zu müssen.
>
> Erst allmählich setzte sich in den Gewerkschaften das Bestreben durch, die Arbeitsverhältnisse und die Lohnhöhe auf der Basis des Existenzminimums zu Grunde zu legen. Das Bestreben, die Löhne auch der Grundlage des Existenzminimums anzupassen, war jedoch nicht in der Sicherung dieses Minimums für den Arbeiter gerichtet, sondern auf die Nichtzulassung einer Lohnerhöhung über dieses Minimum hinaus eingestellt. Bezeichnend ist, daß das Bestreben der kommunistischen Gewerkschaftsbürokraten in ihrem Kampf gegen Lohnerhöhungen in Privatbetrieben so weit ging, die Hilfe der „Tsche-ka" gegen die betreffenden Unternehmer, die höhere Löhne zahlten, in Anspruch zu nehmen, um sie ein für allemal abzuschrecken, durch betrügerische Machinationen, die Autorität der Gewerkschaften herunterzureißen." („Trud" 18. 11. 1921.)

Die im September 1921 tagende zweite Allrussische Tarifkonferenz der Gewerkschaften sah sich gezwungen, diese Politik in bezug auf Privatbetriebe grundsätzlich aufzugeben. Daß dieser Verzicht auf die Politik der Lohndrückung tatsächlich eine erzwungene war, kann indes nicht bezweifelt werden. „Die Gewerkschaft solle aus dem Grunde keine lohnbegrenzenden Funktionen auf sich nehmen", sagte einer der Konferenzteilnehmer, „weil diese sowieso auf dem Papier stehen bleiben würden und der Unternehmer könnte hinter unserem Rücken und ohne Wissen der Gewerkschaft höhere Löhne zahlen". (Bulletin der Konferenz Nr. 4, Seite 7.) Ein anderer Konferenzteilnehmer wies darauf hin, daß Arbeiter in Privatbetrieben bereits Monatslöhne im Betrage von eineinhalb bis zwei Millionen erhalten und die Gewerkschaft wie das Feuer meiden. (Bulletin der Konferenz, Nr. 4, Seite 7.) Ein dritter Redner fürchtet sich wieder vor solchen Merkwürdigkeiten, wie sie heute vorkommen und sagte weiter: „Eine Verhandlung mit dem Unternehmer wird auf die friedlichste Weise geführt, solange man nicht auf die Lohnfrage zu sprechen kommt. Ist dies der Fall, so wird dem Unternehmer auf seine erstaunte Frage, warum 15, nicht 25? erwidert: „Ja, weil wir nach dem Tarife eben nur 15 und nicht 25 verlangen dürfen'." (Bulletin der Konferenz, Nr. 5, Seite 1.)

Die zweite Konferenz mußte dann endlich den Grundsatz des Existenzminimums freigeben. Die Resolution empfiehlt bei der Lohnsicherung auf Grund des Existenzminimums, die größte Vorsicht zu beachten. Bei aller Vorsicht brachten doch die neuen, im November 1921 festgesetzten Tarife immerhin eine gewisse Erleichterung. Der durchschnittliche monatliche Arbeitslohn erreichte im November entsprechend der veränderten Kaufkraft des Geldes in Vorkriegsrubeln umgerechnet, die Höhe von 10.88 Rubel. („Trud" 26. April 1922.)

Bis zum Feber 1922 hatten die Gewerkschaften in Fragen der Lohnregulierung die gesetzgebende Gewalt. In der Zeitspanne vom November 1921 bis zum Feber 1922 wurden die Löhne auf Grund des vom „ARZOR" bestimmten Existenzminimums festgesetzt. Aber auch bei Festsetzung dieses Minimums machte sich die Tendenz bemerkbar, die Löhne zu drücken. Auf Grund der von lokalen Gewerkschaftsorganen gemachten Angaben entsprach dem Existenzminimum im Dezember 1921 ein Durchschnittslohn von 1,106.710 Sowjetrubeln, während der „ARZOR" denselben nur mit 750.000 Sowjetrubeln, d. h. nur mit 68 Prozent des Existenzminimums festsetzte. Für Jänner 1922 erreichte der Arbeitslohn nur 48 Prozent, für Feber nur 33 Prozent des von den örtlichen Organisationen berechneten Existenzminimums. („Trud" vom 12. Feber 1922.) Das Ergebnis war ein ununterbrochenes Sinken des durchschnittlichen Reallohnes, der im Dezember 1921 8.8 Vorkriegsrubel, im Jänner 1922 7.79, im Feber nur noch 6.71 Vorkriegsrubel pro Monat betrug. („Trud", 26. April 1922.)

Seit Feber 1922 wurde das Existenzminimum schon von den behördlichen Organen festgesetzt. Die Gewerkschaften bildeten nur eine der Interessenparteien. „Von nun an," erklärte in der Plenarsitzung des „ARZOR" im Feber 1922 der Volkskommissar Schmidt, Präsidiummitglied des „ARZOR" „treten wir als Mitbeteiligte an der Festsetzung des Arbeitslohnes auf. Wir werden es nicht mehr nötig haben, in den Privatbetrieben als Lohndrücker aufzutreten." In Wirklichkeit war es bisweilen noch viel schlimmer. Auf Verlangen der örtlichen Gewerkschaftskommissionen mußten wir das System der Lohndrücker auch in manchen Staatsbetrieben durchführen, die durch Umstellung auf eine kaufmännische Basis die Möglichkeit erhielten, den Arbeitslohn zu erhöhen. („Trud", 19. Feber 1922.)

Wenn daher auch der Staatsbetrieb rentabel und zahlungsfähig gewesen wäre, mußten die Gewerkschaften als Lohndrücker auftreten. Bei der Berechnung des Arbeitslohnes in Vorkriegsrubeln wird hier überall sowohl der Geldlohn als auch der Naturallohn (in Lebensmitteln u. a. m.) mit berücksichtigt. Wie heuchlerisch jedoch diese Politik gemacht wurde, kennzeichnet die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in Lohnfragen. Seit Herbst 1922 sind die Gewerkschaften bei Abschluß von Kollektivverträgen zur Berechnung der Löhne in Warenrubel übergegangen (entsprechend der Kaufkraft des Geldes in der Vorkriegszeit). Bei der rapiden Entwertung des russischen Papiergeldes war dieser Schritt durch die alltägliche Not geboten und unaufschiebbar. Aber auch hier wurde bei der Festsetzung ein Modus verfolgt, der den Lohn herabdrückte. Denn diese Festsetzung erfolgte nicht zum Zahlungstermin, sondern viel früher, mindestens am ersten des zu zahlenden Monates, so daß bei der Lohnauszahlung die Berechnung

schon längst überholt war. Um durch das rapide Fallen der Papierrubel die Schädigung der Arbeiter zu veranschaulichen, und die Bedeutung dieser Kalkulationsmethode zu ermessen, erwähnen wir bloß, daß der Kleinhandelsindex im Laufe des Monates Oktober um 58 Prozent, im November um 42 Prozent und im Dezember und Jänner um 29 Prozent gestiegen war. („Trud", vom 24. März 1923.) Diese Manipulation und dieser Betrug an der Arbeiterschaft wurde durch die Gewerkschaft bewußt gedeckt, um bei den Arbeitern eine falsche Vorstellung über die Höhe ihres Lohnes zu erwecken. — Um die Arbeiterschaft auch sonst noch zu täuschen, wurde die Festsetzung des lokalen Vorkriegsrubels aufgelassen und beschlossen, für das ganze Land eine einheitliche Berechnung des Vorkriegsrubels vorzunehmen, wobei dieser Berechnung nicht die Vorkriegspreise des Landes zugrunde gelegt wurden, sondern die Moskauer Preise („Trud", vom 17. Jänner 1923), die 35 Prozent über dem Durchschnitt standen. Durch diese Festsetzung um 35 Prozent über dem Durchschnitt wurde versucht, der Arbeiterschaft die Höhe der Vorkriegslöhne vorzutäuschen, um auf diese Weise den Lohnkampf der Arbeiter abzuschwächen. Die Gewerkschaftsführer Rußlands waren nach dieser neuen Politik sehr besorgt, die Löhne nicht allzu hoch steigen zu lassen, was aus der Entschließung des „ARZGR" in der Plenarsitzung im Dezember 1922 zum Ausdruck gebracht wird. („Trud", 26. Dezember 1922.) Und in der nächsten Plenarsitzung im April 1923 konnte Andrejew mit Befriedigung berichten: Seit Jänner ist das Steigen der Löhne aufgehalten worden; der mittlere Tariflohn vom Dezember war 10 Rubel 40 Kopeken pro Monat, im Jänner 10 Rubel 26 Kopeken, im Feber 10 Rubel 30 Kopeken. („Trud", 14. April 1923.)

Auffallend ist, daß hier nicht nur der reale Arbeitslohn stark gesunken ist, sondern daß selbst das Verhältnis des Lohnes zu der Bruttoproduktion bedeutend gefallen ist. So hat der Arbeitslohn in den sechzehn wichtigsten Industriezweigen im Jahre 1922 nur 8.4 gegen 12.6 Prozent vor dem Kriege betragen. („Trud", vom 15. Feber 1923.) In der Metallindustrie erreichte er 12.2 Prozent gegen 22.7 Prozent. („Ekkonom. Jisn.", vom 6. Feber 1923.) In den Spinnereien beträgt der Arbeitslohn nur 5.54 Prozent gegen 9 Prozent vor dem Kriege, in den Webereien 6.2 Prozent gegen 13.69. („Torgowo-Promysch. Gazeta", vom 13. Dezember 1922.)

Aus diesen vorstehenden Aufzeichnungen ist zu entnehmen, daß die russischen Gewerkschaften der Arbeiterschaft gegenüber ihre Pflicht nicht erfüllt haben, deren Interesse nicht energisch wahrnahmen, sondern es ist die Folge, daß die Führer des russischen Wirtschaftlebens alle Löcher in dieser zerrütteten Wirtschaft auf Kosten des Arbeitslohnes zu stopfen bestrebt waren und sind.

Der „Rote Gewerkschafter" bemüht sich noch festzustellen, daß die russischen Gewerkschaften auf dem Gebiet der Bildungsarbeit Ungeheuerliches leisten. Wir wollen uns heute mit dieser Frage nicht allzulange aufhalten, sondern nur feststellen, daß die Mitgliedsbeiträge zwei Prozent des verdienten Lohnes betragen und größtenteils durch den Betriebsbeamten in Abzug gebracht werden. Wir wollen daher die Gesamteinnahmen auf ihre Verwendung auf Grund der Angaben des „ARZGR" veröffentlichen. Die Mittel der Gewerkschaften verteilen sich prozentuell auf folgende Ausgaben:

Gehälter	71.1 %
Verwaltungs- und Wirtschaftsausgaben	18.1 %
Reisediäten, Delegiertenkosten usw.	8.3 %
Bildungsarbeit	2.5 %.

Es ist daher zu ersehen, daß die Mittel der Gewerkschaften zu drei Vierteln für Gehälter aufgebraucht werden, und daß für Bildungsarbeit nur 2.5 Prozent Verwendung finden. Die Angaben des „Roten Gewerkschafter"" scheinen daher sehr tendenziös gefärbt zu sein. Die russischen Gewerkschaften, und mit ihnen die dritte Internationale, haben daher in ihrem Aufgabenkreise in Rußland noch ungeheure Arbeit zu leisten. Es wäre daher angezeigter, in Rußland im Interesse der Arbeiterschaft ihre Pflicht zu erfüllen, anstatt in anderen Staaten der Arbeiterschaft vorzutäuschen, daß der russische Arbeiter auf Rosen gebettet ist, um durch diese Taktik die Gewerkschaften spalten zu können und die gesamte Arbeiterbewegung zu schwächen. In den anderen Staaten dienen die Kommunisten lediglich nur dazu, die Reaktion in den Sattel zu heben. Aus diesem Material werden die Gewerkschaften ersehen, daß die verlogene Schreibweise der kommunistischen Zeitungen nur auf Mitgliederfang berechnet ist. Wenn die Kommunisten an die Macht gelangen, sind sie jedoch die ärgsten Lohndrücker, wie der „Trud" mehremale feststellt.

Zwangsarbeit.

Ein unveröffentlichtes Fragment aus den „Aufzeichnungen aus dem Totenhaus" von F. Dostojewsky.

(Uebersetzt von Dimitrj Umanskij.)

... Kurz, im Gefängnis herrschte unerschöpfliche, wirkliche, schrecklichste Qual. Indessen aber (und das will ich hier sagen) könnte zuweilen ein oberflächlicher Zuschauer oder ein Müßiggänger das Leben des Zwangsarbeiters beim ersten Blick sogar erfreulich finden. „Ja, mein Gott," würde er sagen, „schauen Sie sich nur die Menschen an, viele von ihnen haben früher nicht einmal weißes Brot gekannt (und wer weiß das nicht?), sie wußten gar nicht, was für ein Brot es auf Erden gibt. Und hier ... schauen Sie nur ... bekommt er Brot, er, diese Kanaille und dieser Räuber! Beachten sie seinen Blick, seinen Gang! Ja, er macht sich nichts daraus ... nicht einmal, daß seine Hände gefesselt sind! Da raucht einer aus der Pfeife; und was ist da? Kartenspieler! He, und dort ist sogar ein betrunkener Kerl! So ... darf er in der Zwangsarbeit sogar Wein trinken?! Eine schöne Strafe!!!"

Das alles würde ein Fremder beim ersten Anblick behaupten — vielleicht selbst ein guter Mensch in bester Absicht ...

Nun, aber warum ist dieser Glückliche bei der ersten Möglichkeit zur Flucht und zum Vagabundenleben bereit? Wissen Sie, was das Leben eines Vagabunden ist? Das will ich Ihnen ein anderesmal ausführlich erzählen. Der Vagabund verbringt Wochen ohne Essen und Trinken. Schläft im Frost und weiß, daß ihn jeder freie Mensch, jeder, der kein Vagabund ist, für ein wildes Tier hält und als solches einfängt; das alles weiß er und flüchtet trotzdem aus dem Gefängnis — verläßt Wärme und Nahrung. Und Ihr — warum laßt Ihr diesen Glücklichen unter fortwährender Aufsicht eines — manchmal sogar zweier Gendarmen, wenn Ihr von seiner Glückseligkeit so fest überzeugt seid? Wozu legt Ihr ihn in Fesseln und Ketten, wozu sperrt Ihr ihn hinter Schloß und Riegel? Was ist ihm Euer Brot? Brot ißt man, um zu leben — aber das Leben hat er eben nicht. Es fehlt ihm das Wesentliche, Wichtigste, und der Zwangsarbeiter weiß, daß es niemals kommen wird — das heißt vielleicht einmal —, nur fragt es sich: Wann? Ein höhnisches Versprechen ...

Versuchen Sie ein Schloß zu erbauen — mit Marmor, Bildern, Gold, Paradiesvögeln, hängenden Gärten, mit allen möglichen Dingen ... und treten Sie dort ein. Vielleicht wären Sie tatsächlich dort für immer geblieben. Alles ist da. „Vom Guten sucht man Gutes nicht!" Aber plötzlich werden Sie das Nichtstun fühlen! Man würde das Schloß umzingeln. Man würde Ihnen sagen: „Alles ist dein, genieße! Nur keinen Schritt weiter!" Seien Sie überzeugt, daß Sie im selben Augenblick Ihr Paradies werden verlassen wollen und über den Zaun springen. Ja, mehr als das! All dieser Luxus, dieses Wohlleben würde Ihr Leid nur vergrößern. Durch diesen Luxus würden Sie die Beleidigung am ärgsten empfinden ...

Nur eins würden Sie entbehren: Ihren freien Willen! Freien Willen und Freiheit. Sie würden ein Mensch bleiben, dem es an Menschlichem mangelt: gefesselte Füße, ringsum scharfe Pfähle, rückwärts ein Soldat mit aufgepflanztem Bajonett, Aufstehen mit dem Trommelschlag, Arbeit unterm Stock und zur Belustigung — zweihundertfünfzig Kameraden!

„Ja, ich will sie nicht! Ich mag sie nicht, diese Seelenmörder; ich will beten, sie aber singen schamlose Lieder. Wie kann man mit jenen leben, die man nicht liebt, nicht ehrt?"

„Ja, du sollst so leben, wolltest du nicht ... usw. ..."

Der Häftling weiß das alles genau, mit seinem ganzen Leid, nicht allein mit dem Verstand; er weiß überdies, daß er gebrandmarkt ist, glattrasiert und aller Bürgerrechte beraubt; darum sein ewiger Zorn, seine Verbitterung und Traurigkeit; darum seine schwache Gesundheit und der ewige Streit unter den Häftlingen, Klatsch und Zänkerei. Ja, eben darum haben sie Angst vor ihm und betreten ohne Eskorte das Gefängnis nicht ...

Man erzählt, Wachleute hätten eines Nachts in ihrer Urlaubszeit dreißig herrenlose Hunde gefangen, und sie alle, die gesund waren, zusammen in einen geschlossenen Wagen geworfen und auf die Wachstube gebracht. Was es da für Zanken und Beißen gab! Ein albernes abscheuliches Bild! Nun, die zweihundertfünfzig Häftlinge im Gefängnis, die hier nicht nach eigenem Willen aus dem ganzen russischen Reiche versammelt sind — die mögen leben, wie es ihnen beliebt — nur unbedingt zusammen und hinter hoher Mauer! Ist da nicht derselbe geschlossene Wagen? Gewiß ... ein noch besserer! Dort gab es Hundezant, hier einen unter Menschen! Und der Mensch ist kein Hund: er ist ein vernünftiges Wesen, das zumindest mehr als ein Hund versteht und fühlt ... Ja, der Zwangsarbeiter ist sich seines Verlustes an allem restlos bewußt: er fühlt es vollkommen. Manchmal pflegt er sogar Lieder zu singen ... aber das ist nur Possenreißerei. Verfluchtes und ausweglosses Leben! Schwer fällt es, sich das alles vorzustellen ... nur in der Erfahrung erkennt man es; das Volk weiß es auch ohne Erfahrung. Nicht umsonst nannte es die Häftlinge „Die Unglücklichen" ... nicht umsonst hat es ihnen alles vergeben, ernährt sie und beglückt sie. Das Volk weiß, daß diese Unglücklichen großes Leid tragen; daß hier „Zwangsarbeit" ist ... mit einem Wort „Zwangsarbeit", wie es die Häftlinge selbst sagen.

Tages-Neuigkeiten.

„Macht Euch keine Sorge um Euren Lebensunterhalt ...!"

„Sorgt Euch nicht um Euren Lebensunterhalt und um Eure Kleidung. Der himmlische Vater, der die Vögel speist und die Lilien am Felde bekleidet, wird auch für Euch sorgen, die Ihr doch viel mehr seid als sie. ..."

Also lehrt die katholische Religion, die die Schäfchen in Armut und Demut erhalten will und dazu die Worte Jesus Christus mißbraucht, der da predigt: „Ihr sollt keine Schätze sammeln." Mutter Kirche hat es mit diesem Evangelium nie genau genommen, ist stark und fett geworden, dieweil ihre „Kinder" hungerten. In dem Maße aber, als die Bedrückten und Beladenen das Wohlergehen der anderen auf Erden sahen, dieweil die eigene Not wuchs, forderten sie ihr Recht auf das Diesseits, den Himmel getrost den Spatzen überlassend. Auch die „christlichen" Arbeiter lassen sich nicht mehr mit dem Trost abspeisen, daß nur die Armen ins Himmelreich eingehen sollen, und diese wachsende Erkenntnis macht den Klerikalen viel zu schaffen.

Wohin das führt, beweist die Tatsache, daß nunmehr auch Führer der sogenannten christlichen Arbeiterbewegung zu Bekämpfern des Kapitalismus und Verfechtern des Sozialismus werden. Das klingt absurd, aber es ist doch so.

Die christlichsoziale Warnsdorfer „Volkszeitung" zitierte dieser Tage den Artikel eines katholischen Priesters namens Heinrich Pesch, den die Kenntnis der Volkswirtschaft zu folgenden Programmsätzen führte:

„Wir müssen klare Stellung nehmen gegen den Kapitalismus auch in unserem Programm. **Wir müssen den Uebergang in eine neue Wirtschaftsverfassung** nicht über uns ergehen lassen, sondern diesen Uebergang **fordern und herbeiführen,** müssen dabei die Initiative an uns reißen, müssen bekennen, daß der in der Gegenwart sich vollziehende Aufstieg der unteren Schichten der Bevölkerung heißersehnter Wunsch und begeisterndes Ziel unserer eigenen politischen und sozialen Betätigung ist, daß wir diesen Aufstieg mit aller Kraft fördern wollen und tatsächlich fördern. Es kann uns nicht genügen, an dem Bau der bisherigen kapitalistischen Wirtschaftsverfassung herumzuflicken, Erleichterungen für die Arbeiterklasse durch Schutzgesetze, soziale Versicherung usw. herbeizuführen. Mochte diese „Kleinarbeit" gewiß nicht ohne große Verdienste gewesen sein: heute handelt es sich um mehr, es handelt sich um Großarbeit, um den Eintritt in eine neue Wirtschaftsepoche. Dieser **volle Bruch mit dem kapitalistischen System ist unbedingt notwendige Voraussetzung,** um das Mißtrauen der sozialistischen Arbeiter zu überwinden, aber auch um die christlichen Arbeiter vor einem solchen lähmenden Mißtrauen zu bewahren ..."

Hier ist nicht mehr und nicht weniger gefordert, als der „volle Bruch mit dem Kapitalismus" und die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft. Um den „Uebergang zu fördern und herbeizuführen", bedarf es des Klassenkampfes, dessen leidenschaftlichste Gegner aber eben diese Klerikalen sind, an deren Rockschößen die paar „christlichen Arbeiter" hängen. Eben darum wird Herr Pesch auch vergebens sich bemühen, die „Initiative" an sich zu reißen und die sozialistischen Arbeiter werden trotz seiner offenen Erklärung ihr tiefes Mißtrauen gegen die Christlichsozialen beibehalten, die sich plötzlich als Revolutionäre aufspielen, um die erwachenden Arbeiter von ihrer Einreihung in die Armee der wahren Klassenkämpfer, der Sozialisten, abzuhalten. Die Gegensätze zwischen den Lehren der katholischen Religion und dem Freiheitswillen der Arbeiterklasse, zwischen der Schätze sammelnden Kirche und der ausgebeuteten Arbeiterschaft, zwischen dem kapitalistischen Klerikalismus und dem sozialistischen Proletariat sind zu groß. Diejenigen, die da lehren, die Arbeiter „mögen sich um ihren Lebensunterhalt nicht sorgen" und „Selig sind die Armen, denn ihnen gehört das Himmelreich", werden wohl nicht ernstlich glauben, daß das Proletariat auf ihren Umbau der Gesellschaft, auf ihren Bruch mit dem Kapitalismus rechnen wird.

Daß aber nunmehr bedingungslose Kampfansagen an das kapitalistische System sich sogar schon aus dem Lager der Christlichsozialen erheben, möge unsere Arbeiterschaft als Betätigung für die Richtigkeit des sozialistischen Gedankens, als Zeichen der ungeheuren, unwiderstehlichen Werbekraft der Idee des Sozialismus werten.

Wieder ein Zugszusammenstoß!

Ein Signalwächter getötet.

Prag, 30. Oktober. Heute um 9 Uhr stieß auf dem Pardubitzer Bahnhofe der ehemaligen Nordwestbahn der Lastzug Nr. 1374 auf den Lastzug Nr. 775. Hiebei entgleisten und wurden vier Wagen beschädigt und der Signalwächter Wenzel Besička getötet. Der Zug Nr. 711 verspätete sich um 55, der Zug Nr. 1311 um 45 Minuten. Von 10 Uhr 35 Min. ab konnte die Strecke wieder befahren werden. Die Ursache des Unglückes wird an Ort und Stelle untersucht. (Von der Direktion der Staatsbahnen Prag-Süd).

Prager Konzerte.

Schädliche Kunstkonkurrenz.

Wir sprechen nicht zum erstenmale den Wunsch aus, daß die Konzertunternehmer endlich mehr Planmäßigkeit in ihre Veranstaltungen bringen und diese im gegenseitigen Einvernehmen ins Werk setzen möchten. Denn nur durch Außerachtlassung dieser primitivsten geschäftlichen Rücksichten ist es soweit gekommen, daß die verschiedenen Konzertdirektionen und Konzertarrangeure einander allenthalben eine ihren eigenen Interessen zuwiderlaufende schädliche Konkurrenz bereiten, die umso bedauerlicher ist, als unter ihr auch die konzertgebenden Künstler zu leiden haben. So haben wir im Prager Konzertleben der letzten Wochen den Fall erlebt, daß an einem Abende neben einer bemerkenswerten Opernaufführung im deutschen Theater gleichzeitig drei Konzerte stattfanden. Selbstverständlich mit dem Erfolge, daß keine Veranstaltung den ihr gebührenden Besuch aufzuweisen hatte. Es ist hoch an der Zeit, daß in dieser Sache endlich Wandel und eine alle Beteiligten befriedigende Lösung erfolgt. Diese kann nicht anders lauten als: Schaffung eines allgemeinen einverständlichen Konzertplanes. Ebenso wichtig wäre es, zur Vermeidung der immer mehr um sich greifenden Ueberflutung der Konzertsäle und der sich daraus ergebenden unerträglichen Konkurrenz der Künstler untereinander eine Kontrolle der von diesen Stätten ausgehenden Kunst einzuführen. Denn heute vermag jedermann, auch der Talentloseste, zu konzertieren, wenn er nur Geld genug hat, den Konzertunternehmer zu bezahlen. Diese beiden Grundübel unserer gegenwärtigen Konzertsaal-Misere zu beseitigen, wäre ein unendliches Verdienst für die Kunst, die wahren Künstler und das kunstbedürftige Volk.

Die Mehrzahl der jüngsten Prager Konzertveranstaltungen diente solistischen Darbietungen. Daß darunter auch erlesene kammermusikalische Genüsse geboten wurden, sei besonders rühmend hervorgehoben. So gab die von echtester Kunst durchdrungene Geigerin Christa Richter zusammen mit dem vortrefflichen Professor des KlavierspielesÜhrer aus Wien einen Sonaten-Abend in der „Urania", der das Edelste und Beste bescherte. Auch der Sonatenabend des Cellisten und Professors an der Prager deutschen Akademie der Tonkunst Max Alt, des Klarinettenprofessors Jirtschak und der stilsicheren Prager Pianistin Fritzi Pollak zeigte die Kammerkunst des Duospieles in Reinkultur. Diesen beiden instrumentalen Kunstabenden reihte sich ebenbürtig der Pfitzner-Liederabend in der „Urania" an, in dem die junge Berliner Sängerin Cida Lau eine Reihe der wertvollsten Lieder dieses größten lebenden deutschen Musikromantikers umso überzeugender zum Vortrage brachte, als der Tondichter selbst als Begleiter am Flügel saß. Im Konzert des deutschen Juristenvereines sang Frau Marie Freund aus Paris, deren tiefschürfende Gesangskunst man bereits im Vorjahre in einem Musikabende der „Urania" schätzen lernte, Lieder von den deutschen Meistern Brahms und Mahler, von den Franzosen Debussy und Ravel und den spanischen Modernisten Granados und Falla; Dr. Teller war ihr hierbei mustergültiger Begleiter und gab auch als Solist in Stücken von Debussy und Scriabin Proben seines außerordentlichen pianistischen Könnens. Eine für die Heiligkeit des Konzertsaales unverzeihliche Entgleisung bildete der Liederabend zur Laute des ehemaligen Schauspielers unseres deutschen Theaters Hans Balder in der „Urania"; denn wenn wir auch nicht so prüde sein wollen, gegen die heute überholte Wolzogen-Konferenzier-Manier eines Vortragskünstlers Front zu machen, so müssen wir uns doch gegen die geschmacklose Ära dieses Konferenziertums verwahren, umsomehr, als sie sich an einer Stätte breitmachen zu müssen glaubte, die ernster Volksbildung dienen soll. Daß der Negertenor J. Hayes auch seinen zweiten Liederabend vor ausverkauftem Saale abhalten konnte, ist bei der wundervollen Gesangskunst dieses exotischen Sängers begreiflich; Hayes sang diesmal sogar deutsche Lieder von Schubert und Schumann.

Unter den tschechischen Konzerten der gleichen Berichtszeit muß vor allem der Prager Erstaufführung der „Legende von der heiligen Zita" von Ottokar Ostrčil bei einer Sonntags-Matinee des tschechischen Nationaltheaters mit höchster Anerkennung gedacht werden. Vrchlickys köstliches frommes Scherzgedicht, das jenes Wunder erzählte, das der Genueser Präfektenköchin passierte, die über ihrer Frömmigkeit zu Gott die häuslichen Pflichten vergaß und aus der Kirche kommend von der Hand fleißiger Englein das Sonntagsmahl vollständig fertiggestellt vorfand, hat kaum eine zutreffendere illustrierende Musik finden können, als sie ihr Ostrčil gab. Wohl schon auch deswegen, weil der volkstümliche Zug als wesensstärkster im musikalischen Humor überall zum Durchbruche kommt. Von prächtiger Charakteristik sind die zahlreichen Details der Legende, die sich aus der musikalischen Schilderung der erzählten Oertlichkeit der Handlung, Gotteshaus und Küchenreich, Zitas, ergeben. Die Aufführung des ebenso wertvollen wie liebenswürdigen Werkes, dessen vom Komponisten ausgezeichnet gesetzter Klavierauszug im Verlage der „Hudebni matice umělecká besedy" erschienen ist, war von seltener geschlossener Einheitlichkeit; Ostrčil als Dirigent, das Orchester, der Chor und der Tenorist Wurišer in der Rolle eine Quasi-Evangelisten boten Leistungen allerersten Charakters. Außerordentlich lehrreich und bildend für das Volk war das von der Prager Stadtgemeinde veranstaltete 34. (!) populäre Sonntags-Orgelkonzert im Smetanasaale, dessen Programm der Tonkunst altfranzösischer Meister diente und an dessen musterhafter Ausführung neben dem Prager Orgelmeister Prof. Wiedermann Frl. Kazmarová (Sopran) und Herr Skastny (Baß) beteiligt waren. Unbegreiflich bleibt, daß diese in jeder Hinsicht volkstümlichen Konzerte nicht jenen Massenbesuch erzielen können, der ihnen nicht nur um ihrer Kunst willen gebührt, sondern auch aus der Art ihrer Aufmachung zu erwarten wäre. Ein Klavierabend des Prager Künstlers Gselhofer und ein gemeinsames Wohltätigkeitskonzert des Violinprofessors Silhavy, des Professors für Klavierspiel Franz Langer und des Operntenors Mácha seien anerkennend erwähnt. Den Auftakt zu dem am 4. Jänner 1924 fälligen 50. Geburtsfeste des tschechischen Tondichters Josef Suk, das durch eine Reihe der Tonkunst dieses Meisters gewidmeter Veranstaltungen begangen werden soll, gab die tschechische Philharmonie durch ein besonderes „Suk"-Konzert, bei dem die prachtvolle Phantasie für Violine (Prof. Hoffmann) und Orchester, das Scherzo phantastique und die große Symphonie „Praga" eine farben- und glutvolle Aufführung erlebten.

Edwin Janetschek.

Unerhört rohe Mißhandlung eines Lehrlings. Wie unserem Komotauer Bruderblatt aus Oberdorf mitgeteilt wird, hat der Bäckermeister Alois Holley in Oberdorf den bei ihm als Lehrling angestellten Waisenknaben J. M. derart roh mißhandelt, daß der Knabe zu seinem Vormund entlief. Der Lehrling erzählte seinem Vormunde, daß sein Meister nach ihm deshalb, weil er in der Nacht beim Semmelbacken eingeschlafen sei, mit einem Messer geworfen habe, das ihn im Gesicht verletzte. Auch sei er schon oft vom Meister mit einem Semmelbrett geschlagen worden. Der Untersuchungsbefund eines Arztes des Komotauer Bezirkskrankenhauses ergab eine Schnittverletzung der linken Wange und eine starke Schwellung des linken Beines. Die Messerverletzung lag drei Zentimeter unter dem Auge, so daß der Junge von Glück reden kann, daß er nicht sein Auge verlor. Der Vormund wandte sich wegen dieser Mißhandlungen an die Obervormundschaft, die ihm aber bedeutete, er möge den Bäckermeister nicht klagen (!), sondern sich bloß mit der Vorladung zur Anbahnung eines Ausgleiches (!) begnügen. Der Vormund erstattete jedoch die Strafanzeige gegen den Bäckermeister. Wie aus der Darstellung dieser Mißhandlung hervorgeht, kümmert sich der Bäckermeister Holley überhaupt nicht um das Verbot von Nachtarbeit in Bäckereibetrieben. Die Selbstherrlichkeit des Bäckermeisters, um die sich das Gewerbegericht anscheinend überhaupt nicht kümmert, geht noch weiter aus der Tatsache hervor, daß Holley dem Vormund, der von ihm die Ausstellung eines Zeugnisses für sein Mündel verlangte, erklärte, daß nach einem Beschluß der Bäckergenossenschaft ein Lehrling, der seine Lehrzeit beim ersten Meister nicht beendet hat, von keinem anderen Genossenschaftsmitglied zur weiteren Auslehre aufgenommen werden darf. Der Gewerbebehörde wäre zu empfehlen, sich um diese unhaltbaren Zustände zu kümmern und eine solche Lehrlingsmißhandlung, wie sie sich der Bäckermeister und deutschbürgerliche Gemeindevertreter Holley zu Schulden kommen ließ, in Hinkunft unmöglich zu machen.

100 Billionen-Markscheine. Wie das „Berliner Tageblatt" erfährt, werden noch im Laufe dieser Woche Ein-, Zwei-, Fünf- und Zehn-Billionen-Scheine zur Ausgabe gelangen. Es sei auch möglich, daß noch 100-Billionen-Scheine zur Ausgabe gelangen werden.

Barbusse wegen einer Kongreßrede geklagt. Gegen Henry Barbusse ist wegen einer Ansprache, die er bei dem internationalen Kongreß ehemaliger Kriegsteilnehmer gehalten hat, die Anklage wegen Anstiftung von Militärpersonen zum Ungehorsam erhoben worden.

Die Wahlen in die Petersburger Sowjets. Aus Moskau wird gemeldet: Bei der Wahl in die Petersburger Sowjets wurden 1357 Kommunisten und 204 parteilose Kandidaten gewählt.

Ein Toter hat sich zur Zwangsarbeit zu melden! Die jugoslawischen Blätter veröffentlichen eine merkwürdige Begebenheit. Der Kreisvorsteher von Sarajewo forderte in einem Erlaß Gavrilo Prinzip unter Strafandrohung auf, sich binnen sieben Tagen zur Zwangsarbeit zu melden! Nichts weiß also der biedere Kreisvorsteher von dem Attentat in Sarajewo, nichts hat er davon erfahren, daß Prinzip, der Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand, in Josefstadt gestorben, und nach Gründung des neuen jugoslawischen Staates nach Sarajewo übergeführt und dort auf Staatskosten bestattet wurde.

Eine Frau zum Tode verurteilt. Dieser Tage hat der Gerichtshof von Old Mailey (England) die Todesstrafe gegen eine Mutter ausgesprochen, die ihr Kind unter tragischen Umständen getötet hat. Die Verhandlung ergab, daß die Frau eine böse Ehe hinter sich hatte, sich von ihrem Mann scheiden ließ und als Dienstmädchen in eine Londoner Familie eintrat. Ihr achtzehn Monate altes Kind war stets krank; im Spital gab man der armen Frau zu verstehen, ihr Kind werde zeitlebens gelähmt bleiben. In ihrer Verzweiflung warf sie es in die Themse. Trotz einer glänzenden Verteidigung sprach das Schwurgericht die Frau schuldig und das Gericht verurteilte sie zum Tode. Die Geschworenen reichten aber sofort ein Begnadigungsgesuch ein.

Zwillinge im Unterleib eines Mannes. Nach einer Meldung Belgrader Blätter wurde im Belgrader Staatsspital der Landmann Zsivko Rankovics, der seit seiner frühesten Jugend im Unterleib eine Geschwulst verspürte, operiert und zum nicht geringen Erstaunen des die Operation verrichtenden Professor Dr. Kostics aus demselben ein 25 Zentimeter langes und ein Kilogramm schweres Embryo entfernt. Das Embryo hatte einen mit großen Haaren bewachsenen Kopf, stark ausgebildete männliche Genitalien und im Kiefer Zähne. Gleichzeitig wurde ein zweites Embryo ans Tageslicht gefördert, das aber nur einen Kopf und einen einzigen, polypartigen Fuß hatte. Nach Ansicht der Fachkreise soll Rankovics als Frucht zwei andere Früchte in sich getragen haben, die sich infolge der besonderen anatomischen Lage nicht entwickeln konnten. — Der Patient soll im übrigen kurz nach der Operation gestorben sein.

75.000 Dollar als Finderlohn. Aus Chicago wird berichtet: John Walter, ein Neger im Dienste der Pullman Car Company, fand am vergangenen Freitag in einem Abteil eine Handtasche, die er in der Kanzlei der Gesellschaft ablieferte. In der Tasche befanden sich Schmuckgegenstände im Werte von 750.000 Dollar. Es stellte sich heraus, daß die Eigentümerin die Gattin eines Chicagoer Theatermagnaten war. Walter erhielt als Finderlohn zehn Prozent des Fundwertes, also 75.000 Dollar. Außerdem zahlte ihm die Eisenbahngesellschaft eine Separatbelohnung aus.

Rekord eines Passagierflugzeuges. Ein deutsches Verkehrsflugzeug legte die 1200 Kilometer lange Strecke Königsberg—Moskau ohne Zwischenlandung trotz schweren Sturmes in fünfeinhalb Stunden zurück.

Die Elektrisierung der österreichischen Bahnen. Der Verkehr auf der elektrisch betriebenen Teilstrecke Innsbruck—Telfs der Arlbergbahn, bewerkstelligt mit der ersten elektrischen Schnellzugslokomotive der österreichischen Bundesbahnen, verläuft nach einer Meldung aus Innsbruck befriedigend und ohne besondere Störungen. Wichtiger ist die Vorarbeit, die für den Verkehr mit den schweren Güterzügen betrieben wird. Derzeit steht eine aus den Skodawerken stammende und für den Betrieb auf der Arlberglinie bestimmte schwere elektrische Güterzugsmaschine in der Station Erstfeld an der Gotthardbahn. Die Gotthardbahn hat ähnliche Steigungsverhältnisse wie die Arlbergbahn, deshalb hat man die Maschine zur Ausprobung auf die schweizerische Bergbahn gegeben. Die Versuche sind bisher zufriedenstellend ausgefallen.

Ein U-Boot im Panamakanal gesunken. Havas meldet aus Panama: Das Unterseeboot „Washington ist infolge eines Zusammenstoßes mit einem Dampfer im Kanal gesunken. Fünf Mann seiner Besatzung haben hiebei den Tod gefunden.

Beim Wildern tödlich verletzt. Bei Berchtesgaden wird uns berichtet: Der 23jährige Bergführerssohn Moderegger, genannt Zulehner, der am 14. Oktober bei einer Wildererafäre an den Rauhen Köpfen am Untersberg beteiligt war, ist an den Schußverletzungen gestorben und wurde am Sonntag hier beerdigt. Er wurde von seinen Kameraden heimgeschafft und ohne ärztliche Inanspruchnahme zu Tode kuriert.

Furchtbare Mordtat. Aus Karwin wird der Troppauer „Volkswacht" gemeldet: In der Nacht von Donnerstag auf Freitag ereignete sich in der Familie des Invaliden Schreiber, der eine Tabaktrafik besitzt, eine furchtbare Tragödie. Die Ehe der beiden war keine glückliche. Zwischen den beiden Eheleuten kam es oft zu erbitterten Auseinandersetzungen. In der erwähnten Nacht stürzte sich Schreiber auf seine Frau und brachte ihr mit einem scharf geschliffenen Messer mehrere Stichwunden bei. Die Frau lief auf die Straße und rief um Hilfe. Die Schwiegertochter hörte die Hilferufe und kam sofort heraus. Die Frau war jedoch im selben Augenblick zusammengebrochen und ihren Verletzungen erlegen. Der Mann, der seiner Frau nachgelaufen war, stürzte sich nun auch auf die Schwiegertochter und brachte ihr einige Stichwunden bei. Der Mann ließ beide Frauen liegen und ging zur Gendarmerie, um selbst die Anzeige von seiner fürchterlichen Tat zu machen.

Reindlitzer Frauenschule 1. bis 30. November 1923. Die Genossinnen, die an dieser Schule teilnehmen, werden ersucht, ihre Reise so einzurichten, daß sie im Laufe des 1. Novembers in Aussig eintreffen. Die genaue Ankunft mit Angabe des Bahnhofes (Aussig-Staatsbahnhof oder Aussig-Teplitzer-Bahnhof) und der Ankunftsstunde wolle sogleich mittels Korrespondenzkarte der Genossin Abgeordnete Irene Kirpal, Aussig, Dresdnerstraßer Nr. 23, bekanntgegeben werden. Wünschenswert ist die Mitnahme folgender Gegenstände: ein Paar Hausschuhe, Seife, eine Zahnbürste, zwei Handtücher, möglichst zwei Leintücher, möglichst ein Tuch zum Abtrocknen, ein Bade- oder Turnanzug, eine Kleiderbürste, eventuell eine weiche Decke. Ebenso erwünscht wäre die Mitnahme je eines Exemplares Bebel (Frau und Sozialismus) und Marx (Kapital, 1. Band, Volksausgabe). Beide durch die Arbeiterbücherei für einen Monat zu entlehnen. Das Gepäck wird von Aussig mittels Wagen nach Reindlitz gebracht.

Heiteres. (Halb und halb.) Ein „biederer" Metzgermeister steht vor Gericht, weil er Roßwurst anstelle von Kaninchenwurst verkauft hat. „Das ist natürlich nicht wahr", beteuert er, „ich habe in die Kaninchenwurst nur ein bißchen Pferdefleisch hineingegeben, damit sie einen besseren Geschmack hat." Richter: „Wieviel Pferdefleisch gaben sie aber in die Wurst?" Metzger: „Immer halb und halb." Richter: „Wie, halb und halb?" Metzger: No, immer ein Kaninchen und ein Pferd." — (Pariert.) Ein Stationsvorstand sah an der Kasse einen jungen Burschen stehen, von dem er nicht wußte, soll er ihn mit Du oder Sie anreden. Um beiden zu genügen, fragte er: „Fahrst Du dritte Klasse oder wünschen Sie zweite?" Schlagfertig antwortete der junge Mann: „Gebe mir dritte Klasse, wann Sie werden so gut sein!"

Kleine Chronik.

Eine neue Insel im Kaspischen See. Im Kaspischen Meer entstand vor einigen Tagen in der Höhe von Aschperon, zwei Werst von der Küste entfernt, eine Insel. Auf dieser zeigte sich eine Naphthafontäne, die Gestein, darunter Kupfererz, auswarf.

Neue Silberfunde in Mexiko. Aus San Franzisko wird gemeldet: Unweit von Zaragoza, dessen Silberminen als die reichsten Mexikos galten stießen Arbeiter in einer bereits aufgelassenen Grube auf mächtige Erzlager, deren Silbergehalt den der Erze von Zaragoza noch übertraf. Unglücklicherweise kostete der wertvolle Fund seinen Entdeckern das Leben. Sofort nach den ersten Grabungen erfolgte ein katastrophaler Wassereinbruch, der die ganze 400 Meter tiefe Grube unter Wasser setzte. Nur zwei Arbeiter konnten sich retten, die übrigen ertranken.

Die erste Karte von Amerika. In England ist das einzige Exemplar einer bisher unbekannten italienischen Weltkarte von 1506 gefunden und für das Britische Museum erworben worden. Der englische Geograph Edward Heawood teilt über diese erste Karte von Amerika näheres mit. Eine Inschrift die, wie die ganze Karte, in lateinischer Sprache abgefaßt ist, berichtet, daß sie angefertigt wurde „durch den Fleiß des Johannes Matthäus Contarini, durch die Kunst und Geschicklichkeit des Florentiners Franciscus Roselli, 1506". Danach scheint das Hauptverdienst dem Contarini zuzufallen, der bisher als Kosmograph ganz unbekannt war, während Roselli als Stecher auftritt. Am wichtigsten ist die neue Karte, weil sich in ihr die erste gedruckte Darstellung der Ergebnisse der Reisen des Kolumbus findet, die man bisher bei Waldseemüller zu finden glaubte. Da der Name „Amerika" erst von dem deutschen Kosmographen eingeführt wurde, so fehlt er natürlich noch auf der Karte Contarinis. Als einziger allgemeiner Name wird dem Kontinent die Bezeichnung „Terra S. Crucis" zugelegt, der zuerst von Cabral 1500 Brasilien gegeben worden war. Die Karte von Westindien ist ungefähr die der bekannten Seekarten jener Zeit. Nicht weit von der Küste Südostasiens findet sich eine lateinische Angabe, die die Entdeckungen des Kolumbus feiert und mitteilt daß „Christophorus Columbus, Vizekönig von Spanien, nach vielen Mühen und Gefahren zu den hispanischen Inseln (Westindien) gelangte, und von dort nach der Ciamba genannten Provinz segelte". Mit der letzteren Angabe ist das alte Königreich Champa in der Nähe von Cochinchina gemeint. Es ist interessant, daß die eigene Anschauung des Kolumbus, daß er die äußersten Küsten von Asien erreicht habe, noch im Jahre seines Todes von den Kosmographen als wahr angenommen wurde.

Das Grab des Tutankhamen. Der englische Archäologe Howard Carter, der Mitarbeiter des verstorbenen Lord Carnarvon bei der Entdeckung des berühmten Pharaonengrabes, hat die Weiterführung der Arbeiten jetzt begonnen; es harrt seiner eine ebenso mühevolle wie schwierige Aufgabe. Das Grab des Tutankhamen war im vergangenen Februar verschlossen worden, indem zunächst eine schwere Eichentür mit gewaltigen Holzverschalungen vor dem Eingang angebracht und dann der Zugang mit 1700 Tonnen Steinen ausgefüllt wurde. Achtzig ägyptische Arbeiter sind jetzt damit beschäftigt, diese Steinmassen wieder fortzuschaffen. Der Zutritt zu dem Vorzimmer, wo die beiden Statuen des Königs vor dem eigentlichen Grabgemach Wache halten wird dann frei sein. Wenn der Zutritt zum Vorzimmer frei ist, dann muß man zunächst daran gehen, die erste der konzentrischen Hüllen oder Tabernakel zu entfernen, die den Sarkophag des Königs umschließen. Die ganze Oberfläche dieses äußeren Tabernakels, das zwanzig Fuß lang, zehn Fuß hoch und zehn Fuß breit ist, wird einer sorgfältigen chemischen Behandlung unterzogen. Das Tabernakel selbst, das mit goldenen Platten belegt und mit eingelegten blauen Fayencen verziert ist, muß in einzelnen, möglichst großen Stücken abgelöst werden, und man wird wahrscheinlich zu diesem Zweck ein Gerüst rund um die ganze Anlage bauen. Da der Zwischenraum zwischen diesem Tabernakel und den Wänden des Grabzimmers nicht mehr als ein Fuß ist und sich zwischen der Spitze des Tabernakels und der Decke des Zimmers noch nicht drei Fuß Raum befinden, so ist die Aufgabe Carters eine höchst komplizierte und es wird der größten Sorgfalt und Vorsicht bedürfen, um auch die kleinsten Teilchen des kostbaren Inhalts der Grabkammer unversehrt ans Licht zu bringen.

Eine Kirche aus einem Baum. Die Stadt Santa Rosa in Kalifornien hat eine Kirche, die ganz aus einer einzigen riesigen Sequoie erbaut wurde. Dieser Riesenbaum, der 18 Fuß im Durchmesser maß, gab 78.000 Fuß Bauholz, außerdem noch viele tausend Schindeln mit denen das Dach der Kirche gedeckt wurde. Nach der Vollendung des Gotteshauses das 200 Andächtige aufnehmen kann, blieben noch 30.000 Schindeln übrig. Der Baum stand am Abhang eines Berges, etwa 20 Kilometer von der Küste des Stillen Ozeans entfernt; man schätzt sein Alter auf 800 Jahre. Es dauerte mehrere Tage,

---

Vater Goriot. 24

Von Honoré de Balzac.

Aus seinen Gedanken aufgescheucht, nahm Eugen die Hand des alten Mannes und sah ihn gerührt an: „Sie sind ein ausgezeichneter Mensch," antwortete er. „Ueber Ihre Töchter wollen wir später sprechen." Er stand auf, ohne auf Vater Goriot zu achten, ging in sein Zimmer und schrieb folgenden Brief an seine Mutter:

„Meine teure Mutter, versuch, ob Du nicht eine dritte Brust hast, um sie für mich zu öffnen. Ich bin soweit, daß ich mein Glück sehr bald machen kann. Ich brauche zwölfhundert Franken, ich brauche sie unter allen Umständen. Sage meinem Vater nichts von meiner Bitte; vielleicht wird er sich ihr widersetzen; wenn ich aber dies Geld nicht bekomme, so könnte ich mir aus Verzweiflung eine Kugel durch den Kopf jagen. Bei unserem nächsten Zusammensein werde ich Dir meine Gründe sagen, denn ich müßte Bände schreiben, um Dir meine Lage begreiflich zu machen. Ich habe nicht gespielt, geliebte Mutter, und habe auch keine Schulden, aber wenn es Dir darum zu tun ist, mich am Leben, das Du mir geschenkt hast, zu erhalten, so mußt Du mir diese Summe verschaffen. Mit wenigen Worten: ich verkehre bei der Gräfin von Beauséant, die mich protegieren will. Ich soll in Gesellschaft gehen und habe keinen Sou für saubere Handschuhe. Ich werde es fertig bringen, trocken Brot zu essen, nur Wasser zu trinken und zur Not zu fasten, aber auf das Handwerkszeug kann ich nicht verzichten, mit dem man hierzulande seinen Weinberg umgräbt. Es handelt sich für mich darum, meinen Weg zu machen oder im Dreck stecken zu bleiben. Ich bin mir der Hoffnungen, die Ihr auf mich gesetzt habt, wohl bewußt, und ich will sie schnell verwirklichen. Liebe Mutter, verkaufe einige Deiner Familienschmucksachen, ich werde sie Dir bald ersetzen. Ich kenne die Lage unserer Familie gut genug, um die Höhe dieses Opfers zu würdigen, und Du mußt mir glauben, daß ich es nicht vergebens von Dir fordere, ich wäre ja sonst ein Ungeheuer. Meine Bitte erfolgt nur unter dem Zwange einer unerbittlichen Notwendigkeit. Unsere Zukunft hängt davon ab, ob ich die Schlacht genügend gewappnet beginne, denn das Pariser Leben ist ein unausgesetzter Kampf. Wenn es kein anderes Mittel gibt, um die Summe zusammenzubekommen, die ich brauche, als die Spitzen meiner Tante zu verkaufen, so sage ihr, daß ich ihr einst schönere schicken werde."

Er schrieb an jede seiner Schwestern und bat sie um ihre kleinen Ersparnisse. Um sie ihnen zu entreißen, ohne daß die Familie von dem Opfer, das sie brachten, wüßte, verstand er ihr Zartgefühl zu fesseln und appellierte an das Ehrgefühl, das in jungen Herzen so lebendig und empfindlich zugleich ist. Als er seine Briefe beendet hatte, zitterte er wie im Krampfe. Dieser junge Ehrgeizige kannte die makellose Vornehmheit der in völliger Zurückgezogenheit lebenden Seelen, er wußte, welches Leid und welche Lust er seinen Schwestern bereitet hatte, mit welcher Freude sie insgeheim über die Sorgen des geliebten Bruders sprechen würden. Sein Gewissen zeigte ihm, wie sie ihren kleinen Schatz zählten; er sah sie die Erfindungsgabe junger Mädchen entwickeln, um ihm insgeheim ihr Geld zu schicken. Um groß zu sein, begingen sie ihre erste Täuschung. „Das Herz einer Schwester ist ein Diamant an Reinheit, ein Abgrund an Zärtlichkeit!" sagte er sich. Er schämte sich seiner Briefe. Wie stark werden ihre Wünsche, wie rein der Aufschwung ihrer Seelen gen Himmel sein! Mit welcher Wollust werden sie Opfer bringen. Welcher Schmerz für eine Mutter, wenn sie die gesamte Summe nicht aufbringen könnte! Diese edlen Gefühle, diese schweren Opfer sollten ihm als Staffel dienen, um zu Delphine von Nucingen zu kommen. Tränen, Weihrauch auf dem heiligen Altar der Familie dargebracht, netzten seine Augen. Aufgeregt, ja verzweifelt, ging er in seinem Zimmer auf und ab. Vater Goriot sah ihn durch seine angelehnte Tür in diesem Zustand, kam hinein und fragte: „Was fehlt Ihnen?"

„Ach, mein guter Nachbar, noch bin ich Sohn und Bruder, wie Sie Vater sind. Sie haben Grund genug, um die Gräfin Anastasie zu zittern, sie ist in den Händen eines Maxime von Trailles, der sie verderben wird."

Vater Goriot zog sich zurück und stammelte einige Worte, deren Sinn Eugen nicht erfaßte. Am nächsten Tag brachte Rastignac seine Briefe zur Post. Er zögerte bis zum letzten Augenblick, dann steckte er sie in den Kasten mit den Worten: „Es wird gelingen!" Es ist das Wort des Spielers und Schlachtenlenkers, ein fatalistisches Wort, das mehr Menschen verdirbt als rettet. Einige Tage später ging Eugen zu Frau von Restaud und wurde nicht angenommen. Dreimal wiederholte er seinen Versuch, stets war die Tür für ihn verschlossen, obgleich er eine Stunde gewählt hatte, zu der der Graf von Trailles nicht anwesend war. Frau von Beauséant hatte Recht gehabt.

Der Student studierte nicht mehr. Er ging zu den Vorträgen, um auf den Aufruf zu antworten, und wenn er seine Gegenwart auf diese Weise bekundet hatte, suchte er das Weite. Er hatte sich die Gründe zurechtgelegt, mit denen sich die meisten Studenten vertrösteten. Sobald das Examen in Sicht käme, würde er sein Studium wieder aufnehmen. Er hat beschlossen, seine Notizen vom zweiten und dritten Jahr aufzuhäufen, um sich im letzten Augenblick mit einem Schlag hinter seine Studien zu machen und das ganze Corpus durchzuackern. So hatte er fünfzehn freie Monate vor sich, um den Pariser Ozean zu durchqueren, Frauen nachzugehen und sein Glück zu erjagen. Im Laufe der Woche hatte er Frau von Beauséant zweimal besucht, er ließ sich erst melden, wenn der Wagen des Marquis d'Adjuda ihren Hof verlassen hatte. Noch einige Tage blieb diese vornehme Frau, die anmutigste Figur im Faubourg Saint-Germain, Siegerin; die Heirat von Fräulein von Rochefide mit dem Marquis d'Adjuda-Pinto wurde verschoben. Aber diese letzten Tage, in denen sie leidenschaftlich um ihr Glück kämpfte, beschleunigten die Katastrophe. Der Marquis d'Adjuda hatte im Einvernehmen mit den Rochefides Bruch und Versöhnung als ein glückliches Ereignis betrachtet: sie hofften, Frau von Beauséant würde mit der bevorstehenden Heirat paktieren und ihre Morgenstunden einer im Leben eines Mannes um seiner Zukunft willen notwendigen Heirat opfern. Trotz der heiligsten Gelöbnisse, die täglich erneuert wurden, spielte Herr d'Adjuda Theater, und die Gräfin ließ sich gern täuschen. — Anstatt kühn durchs Fenster zu springen, ließ sie sich auf der Treppe herumschleifen, wie ihre beste Freundin, die Herzogin von Langeais, sagte. Aber dieser letzte Glanz leuchtete lange genug, daß die Gräfin in Paris blieb und ihrem jungen Verwandten half, für den sie eine abergläubische Sympathie empfand. In einem Augenblick, wo Frauen in keinem Auge Mitleid oder Trost sehen, war Eugen voller Zartheit und Hingabe gewesen. Wenn ein Mann in einem solchen Fall Trostworte findet, so tut er es mit Vorbedacht, um sich selbst zu nützen. (Forts. folgt.)

bevor man den Baumriesen gefällt, und mehrere Monate, bevor man ihn zersägt hatte. Aber dieser Baum, der für den Bau einer ganzen Kirche genügte, ist doch noch ein Zwerg im Vergleich zu anderen Riesen.

Die Ausgrabungen der „sieben Städte von Cibola". Zu den berühmtesten und unbekanntesten Städten der amerikanischen Kultur vor der Entdeckung des Landes durch Kolumbus zählen die „sieben Städte von Cibola" im heutigen Neu-Mexiko. Amerikanische Ausgräber haben nach der „Umschau" die Ortschaften, an denen diese vorkolumbischen Siedlungen sich befanden, genau untersucht und Ueberreste zweier dieser Städte aufgedeckt. Der Leiter der Grabungen erklärt diese Gegend für eine der reichsten archäologischen Fundgruben, die man je in Amerika entdeckt hat. Man hat eine Folge von Siedlungen festgestellt, die bis in vorgeschichtliche Zeiten zurückgeht.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Waggonmangel.

Schon in den ersten Tagen nach Beendigung des Bergarbeiterstreikes hat sich im allgemeinen, besonders aber in den Kohlenrevieren und von diesen wieder zunächst in den Braunkohlenrevieren, ein bedeutender Waggonmangel bemerkbar gemacht, der seit der Zeit unvermindert andauert. Der Waggonmangel ist so groß, daß trotz ungeheueren Kohlenbedarfes seit Beendigung des Streikes ständig Feierschichten und weitere Deponierung der Kohlenvorräte vorgenommen werden müssen und daß andererseits kohlenverbrauchende Betriebe infolge Kohlenmangel ihre Betriebe stillegen müssen. Dadurch wird nicht nur das gesamte Wirtschaftsleben des Staates äußerst gefährdet, es wird vielen Tausenden von Arbeitern schwerer materieller Schaden zugefügt.

Eine Interpellation der Abgeordneten Genossen Pohl, Grünzner und Palme an den Eisenbahnminister befaßt sich mit dem Waggonmangel und sagt: Die gefertigten Abgeordneten wissen, daß die Zeit der Beendigung des Streikes, also des vermehrten Kohlenbedarfes, mit der Ernte und dadurch mit dem vermehrten Waggonanspruch für Zuckerrübe und Kartoffeln zusammenfällt. Daß aber in den ersten Arbeitstagen nach dem Streik Waggonmangel bestand und daß seither so gut wie nichts geschah, um dem Waggonmangel abzuhelfen, muß als eine schwere Schuld der Eisenbahnverwaltung qualifiziert werden, umsomehr, als der Waggonmangel so groß ist, daß die einzelnen Schächte nur 50 Prozent der verlangten Waggons und nur 65 Prozent des normalen Waggonbedarfes beigestellt erhalten.

Die Eisenbahnverwaltung mußte mit allen diesen Umständen rechnen und soweit die Möglichkeit bestand, zur Vermeidung des Waggonmangels alles vorkehren. Sie tat es nicht. Sie hat zunächst nicht dafür gesorgt, daß die für den Kohlenbedarf erforderlichen leeren Waggons in der Nähe der Reviere deponiert werden, sondern zum großteil außerhalb der Reviere. Die Eisenbahnverwaltung hat auch durch sonstige Maßnahmen den Waggonmangel künstlich gesteigert. So hat sie die Kohlentransporte des nordwestböhmischen Revieres ausschließlich auf die ATE.-Strecke verlegt, die Dux-Bodenbacher Strecke entlastet und schon dadurch Verkehrsverstopfungen hervorgerufen, nachdem für diesen vermehrten Verkehr weder Personal noch Bahnhofanlagen genügen. Sie hat außerdem gerade in der ärgsten Zeit des Waggonmangels eine Verfügung erlassen, daß das Eisenbahnpersonal alle Schäden, die durch Verschub entstehen, wie Pufferbruch, Kuppelungsriß und ähnliches ersetzen muß. Eine Maßnahme, die naturgemäß dazu führen muß, daß vorsichtiger und daher länger rangiert wird, so daß infolge dieser Umstände die Kohlenzüge mit acht- bis zwölfstündiger Verspätung die Ausgangspunkte der Reviere erreichen.

Die Eisenbahnverwaltung hat weiter gerade in der kritischen Zeit eine Reihe Versetzungen von Beamten und anderem Personal in die wichtigen Verkehrszentren des Eisenbahnbetriebes vorgenommen, die scheinbar den Aufgaben des normalen Verkehres nicht und des nach dem Streik gesteigerten Verkehres schon gar nicht gewachsen sind. Die Eisenbahnverwaltung hätte auch mit der reichsdeutschen Bahnverwaltung ein Abkommen über Ausleihen von Kohlenwaggons treffen können, die bekanntlich dort in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Die Interpellanten fragen daher den Herrn Eisenbahnminister:

Was hat er und seine ihm untergeordneten Organe der Eisenbahnverwaltung vor und nach Beendigung des Bergarbeiterstreikes getan, um den katastrophalen Waggonmangel zu verhindern oder zu mildern?

Hat der Herr Eisenbahnminister veranlaßt, daß der ungenügende Wagenpark der tschechoslowakischen Republik zeitgerecht ergänzt wurde?

Hat der Eisenbahnminister mit der deutschen Staatsbahnverwaltung wegen leihweiser Ueberlassung von Kohlenwaggons verhandelt und mit welchem Ergebnis?

Ist der Eisenbahnminister bereit, alle Verfügungen, die die rasche Abwicklung des Verkehres hindern, aufzuheben?

Ist der Eisenbahnminister bereit, unverzüglich dem Hause die Beantwortung der gestellten Anfragen zu geben?

Ist er bereit, dem Hause Aufklärungen über den tatsächlichen Umfang des Waggonmangels zu geben und mitzuteilen, wieviel die Eisenbahnverwaltung von den angeforderten Waggons für die einzelnen Gütergattungen zur Verfügung gestellt hat?

Ist er bereit, dafür zu sorgen, daß wenigstens jetzt alles geschieht, um den Waggonmangel zu beheben?

Ist er bereit, dem Hause mitzuteilen, worin diese seine Maßnahmen bestehen?

Die Teuerung.

Vorschläge der tschechoslowakischen Gewerkschaftskommission zur Bekämpfung derselben.

Die tschechoslowakische Gewerkschaftsvereinigung hat gemeinsam mit dem Zentralverband der tschechoslowakischen Genossenschaften an die Regierung ein Memorandum gerichtet, welches Montag dem Ministerpräsidenten und dem Ernährungsminister durch eine besondere Delegation überreicht wurde. Es wird darin im wesentlichen ausgeführt:

Wir sind in eine neue Teuerungswelle eingetreten. Die Preise von wichtigen Nahrungsmitteln sind gestiegen. So kosteten 43 verschiedene Arten von Lebensmitteln im Prager Konsumverein Včela am 1. Jänner 503.42 Kč, am 15. September 512.70 Kč, am 15. Oktober 524.38 Kč. Gerade in dieser Zeit hat die Regierung die Einfuhr von Mehl und Getreide eingeschränkt, so daß Korn und Weizen durchschnittlich um 30 Kč pro Meterzentner gestiegen sind. Ganz außerordentlich ist der Preis des Hopfens in die Höhe gegangen. Während der Preis von 50 Kilogramm Hopfen vor einem Jahre 500 bis 600 Kč betragen hat, wird diese Menge heute um 3400 Kč verkauft, also um den sechsfachen Preis. Unerhört ist auch der Preis des Fleisches. Derselbe beträgt etwa 14 bis 18 Kč per Kilogramm, während ein Kilogramm australisches Gefrierfleisch im Hamburger Hafen acht englische Pence, das sind 5.30 Kč kostet. Ebenso ist der Preis für Schmalz gestiegen. Eine der wichtigsten Ursachen der Teuerung ist das Bewilligungsverfahren, wodurch die Ausgleichung an die Weltmarktpreise verhindert wird. Die Durchschnittslöhne sind in der Tschechoslowakei niedrig. Der Durchschnittslohn des amerikanischen Arbeiters beträgt 3.50 Dollar, das sind täglich 122 Kč. Demgegenüber beträgt der Durchschnittslohn des tschechoslowakischen Arbeiters nur 28 Kč. Der amerikanische Arbeiter kann sich für seinen Lohn 65 Kilogramm Weizen kaufen, der tschechoslowakische bloß 15 Kilogramm. Daraus geht das niedrige Lebensniveau der tschechoslowakischen Arbeiter hervor. Aus allen diesen Gründen verlangen die tschechoslowakischen Gewerkschaften und Genossenschaften: 1. Die Beseitigung der Einfuhrbewilligung für Getreide und Mehl, 2. zollfreie Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten, 3. Revision der Zölle für Industrieprodukte, 4. rascheste Ausarbeitung eines neuen Zolltarifes, 5. Verbot der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte, 6. Abschaffung der Umsatzsteuer auf Getreide, Mehl und Kartoffeln, 7. Herabsetzung der Eisenbahntarife, 8. Errichtung einer Kommission bei jeder Gemeinde, der die Verfolgung des Wuchers obliegt, 9. Ueberprüfung der Kohlenpreise, 10. Unterstützung der Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterschaft.

Internationale Vereinigung für Arbeitsinspektion. Aus Genf, 29. Oktober, wird gemeldet: Heute wurde in Genf die internationale Vereinigung der Arbeitsinspektion gegründet, welche den Zweck verfolgt, auf dem Gebiete der Arbeitsinspektion die in den verschiedenen Ländern gemachten Erfahrungen und Informationen auszutauschen.

Der Getreideexport Rußlands. Die russische Wirtschaftspolitik bemüht sich, durch Steigerung der Ausfuhr die russische Handelsbilanz günstiger zu gestalten und die neue Währung zu stützen. Sie benutzt dazu die diesjährige Getreideernte. Diese ist keineswegs, des feuchten Wetters wegen, günstig ausgefallen, obwohl sich die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahr um 20% vergrößert hat. Allerdings kommt der russischen Getreideausfuhr die leichte Beweglichkeit der russischen Ernte zugute. Der russische Kleinbauer, der rund 80% der Anbaufläche im Besitz hat, ist stark verschuldet und braucht Kapital, um Anschaffungen vornehmen zu können. Daher rühren die beachtenswerten Ueberschüsse an Getreide, über die der russische Getreideexport in diesem Jahre verfügt. Die Ukraine z. B., die 762.5 Millionen Pud Brotgetreide geerntet hat, erübrigt 150 Millionen Pud. Davon sind bis jetzt 5.5 Millionen bereits ausgeführt. Um die Ueberschüsse in den europäischen Ländern unterzubringen, hat Rußland mit diesen Verhandlungen angeknüpft und mit privaten und genossenschaftlichen Firmen Verträge abgeschlossen. Vor allem geschah das in England, das vor dem Kriege den größten Teil seines Getreidebedarfes aus Rußland bezog und wo jetzt die Tendenz vorherrscht, sich mit Hilfe des russischen Imports von den amerikanischen Getreidelieferungen unabhängig zu machen. So kam es zur Gründung der russisch-englischen Getreidegesellschaft. Die Kontrahenten sind auf russischer Seite die Russische staatliche Getreideausfuhrgesellschaft und die russischen Genossenschaften, in denen jetzt vor allen Dingen Bauern vertreten sind, auf englischer Seite zwei private Getreidehandelsfirmen, zwei Großbanken, eine englische Reederei und die Großeinkaufsgesellschaft der englischen Genossenschaften, die über sieben Millionen Mitglieder zu versorgen haben. Weitere Getreidemengen will man in Frankreich unterbringen. Nach Verhandlungen des Direktors der Russischen Staatsbank Scheinmann mit französischen Stellen soll die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus Rußland nach Frankreich auf 100 Millionen Goldrubel gesteigert werden. Ein großer Teil des russischen Getreideüberschusses geht nach Deutschland. Nach vorliegenden Angaben der Russischen staatlichen Getreideausfuhrgesellschaft, der russischen Exportchlieb, sind durch Vermittlung der Sowjethandelsgesellschaft in Berlin in der Zeit vom 15. August bis zum 10. Oktober fünf Millionen Pud Brotgetreide nach Deutschland ausgeführt worden. Die russische Regierung begünstigt nach Kräften diese Ausfuhr. Sie hat z. B. die Getreideexporte von einer Reihe von Abgaben, so der Abgabe für Hungernde, der Ausgleichsabgabe, der Lagergebühr und dem Hafengeld befreit. Außerdem ist die für die russischen Ausfuhren bestehende besondere Abgabe von 3 auf 2.5 Goldkopeken ermäßigt worden. Das zeugt von den gewaltigen Anstrengungen des russischen Staates, zu günstigen Handels- und Zahlungsbilanzen zu kommen und endlich die Goldwährung zu ermöglichen. Die Gesamtausfuhren aus Rußland betrugen im Monat August 21,508.000 Pud = 16,202.000 Goldrubel und die Einfuhren 3,767.000 Pud = 11,329.000 Goldrubel.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank 16.47'50
Berlin	Mark 1900.000.000'00
Wien	österr. Kr. 2090'00

Prager Kurse am 30. Oktober.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1364.75	1368.75
10 Milliarden Mark	3.52½	3.72½
100 belg. Franks	177.25	178.75
100 schweiz. Frank	624.75	627.25
1 Pfund Sterling	155.75'00	157.25'00
100 Lire	158.25.00	159.75'00
1 Dollar	34.50'00	34.90'00
100 franz. Franks	207.50.00	209.00'00
100 Dinar	41.37'50	41.87'50
100.000 magyar. Kronen	17.95'00	19.95'00
10.000 poln. Mark	24.25	25'75
10.000 österr. Kronen	4.64'00	5.14'00

Züricher Schlußkurse am 30. Oktober.

	Geld	Ware
Paris	33.10'00	33.20'00
London	25.20'00	25.20.00
Berlin	0.00'00	0.000'00
Mailand	25.27'50	25.35'00
Holland	218.00'00	218.50'00
Wien	0.00.78'62	0.00.79'00
Budapest	0.030.00	0.031.50
Prag	16.42'50	16.52'50
New York	5.61.00	5.62'00
Belgrad	6.60.00	6.70.00
Warschau	0.00.00'00	0.00.00'00

Vorträge und Veranstaltungen.

Bölsche: „Geheimnisse des Liebeslebens". Bölsche begann seinen Vortrag mit der Erörterung der Frage, warum sich die Menschen küssen. Das echte Liebesküssen, führte er aus, hat immer eine leise Beziehung zum Fressen und in den Liebesworten: „Ich möchte dich vor Liebe fressen und ich möchte vor Liebe sterben" spricht sich ein Urzug des Liebens aus, derart, daß alles Lieben auf ein In-sich-Aufnehmen des Geliebten einerseits und auf ein damit in Zusammenhang stehendes Sichselbstauflösen andererseits hinauslaufen wollte. Daß dem wirklich so sei, bemühte sich der Vortragende in seinem zweistündigen Vortrage mit naturwissenschaftlichen Tatsachen zu belegen. Er erzählte zuerst von Tieren, bei denen das Lieben buchstäblich mit dem Fressen und Gefressenwerden zusammenhängt, sei es, daß sie, wenn sie lieben, viele Wochen nichts fressen wie die Rheinlachse, sei es, daß nach dem Liebesakt das Weibchen das Männchen auffrißt wie bei gewissen Spinnen, sei es, daß das Männchen, um nicht selbst gefressen zu werden, der hungrigen Geliebten einen fetten Bissen mitbringt wie bei den Tanzfliegen. Nach Anführung dieser und noch anderer Naturkuriositäten wandte sich der Vortragende der Frage zu, ob nicht der Zeugungsakt selbst als eine Art höheres Fressen zu einem höheren Zweck aufgefaßt werden könne. Nach einem historischen Rückblick über die verschiedenen Deutungen des Zeugungsaktes in früheren Zeiten kam er auf die im Jahre 1875 erfolgte erste Beobachtung eines Zeugungsaktes unter dem Mikroskop zu sprechen, wie sie durch den deutschen Forscher Oskar Hertwig in Ajaccio an den Fortpflanzungszellen des Seeigels angestellt wurde. Dabei wurde beobachtet, daß die lebenden männlichen Samenzellen die weibliche Eizelle umschwammen und dann gegen die Oberfläche der Eizelle anstürmten. Doch nur einer einzigen Samenzelle glückte es, in die Eizelle einzudringen, worauf sich diese sofort mit einem für die übrigen Samenzellen undurchdringlichen Schleier umgab. Nach ½ Stunden trafen dann im Innern der Eizelle die beiden Zellkerne zusammen und verschmolzen zu einem einzigen Kern und nun konnte aus der neuen Einheit durch weitere Zellteilungen ein neues Kind hervorgehen. Die beiden Zellen hatten sich gegenseitig aufgezehrt zu neuem höheren Leben. — Dieser Vorgang ist seither an einer großen Menge von Tieren und Pflanzen beobachtet worden und gilt jedenfalls auch für den Menschen. — Der Vortragende wandte sich dann der Erörterung der Frage zu, welchen Zweck die Zweigeschlechtigkeit habe. Experimente erwiesen, daß tatsächlich die Stoffanreicherung und der Anstoß für das Aufkeimen neuen Lebens von Bedeutung sind. Aber sie würden nicht den ungeheuer komplizierten Apparat erklären, der in der Zweigeschlechtigkeit für die Fortpflanzung liegt. Ihre Erklärung ist vielmehr darin zu suchen, daß durch die Zweigeschlechtigkeit eine Doppelheit von Erbelementen zu einer neuen Einheit verschmilzt. Das Kind ist ein Mischprodukt aus Vater und Mutter und gerade dadurch etwas neues. — Was den Spruch „Ich möchte vor Liebe sterben" betrifft, so hat auch er seine vernünftige biologische Bedeutung. Bei einzelligen Wesen wie den Urtierchen gibt es kein natürliches Sterben infolge des Alters, denn hier sind Ernährungs- und Fortpflanzungszellen eins und bei der Neubildung verschwinden die alten Zellen als Ganzes oder leben in den neuen aus ihnen durch Abschnürung entstandenen Zellen weiterfort. Die höheren Lebewesen bestehen aber aus einem ganzen Zellenstaat, dessen einzelne Zellen verschiedenen Funktionen dienen. Nur die Fortpflanzungszellen leben fort. Die anderen Zellen bilden um sie eine Art Schutzattrappe. Auch jeder Mensch ist eine Schutzattrappe, aus der eine Welle Unsterblichkeitszellen ausschwärmen, dann ist seine Aufgabe erfüllt und er stirbt ab. Und so ist, meinte der Vortragende zum Schluß, unser natürlicher Tod nichts anderes als ein Opfertod für unsere Unsterblichkeitszellen, zugunsten unserer Kinder. — Der pathetisch-humoristische Plauderton des Vortragenden, der bisweilen allzu bedenklich an den Stil des jovialen Pastors in fröhlicher Gesellschaft erinnerte, fand natürlich beim Publikum rasenden Beifall.

Kunst und Wissen.

1. philharmonisches Konzert. Das erste philharmonische Konzert dieser Saison findet Dienstag, den 6. November halb 8 Uhr abends, unter der Leitung Alexander Zemlinskys im Neuen Deutschen Theater statt. Die Hauptstücke des Programmes bilden: Brahms: Akademische Festouvertüre und Richard Strauß: Sinfonia domestica. Als Solist wurde Severin Eisenberger gewonnen, der das C-Moll-Konzert von Beethoven ferner Chopin: Prélude, Valse, Mazurka und Mendelssohn-Liszt: Hochzeitsmarsch spielen wird.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch Gastspiel Leopold Kramer „Die Journalisten", Donnerstag „Manon Lescaut", Freitag „Die Siegerin", Samstag „Der kühne Schwimmer", Sonntag „Mädi".

Urania.

Heute, 5 Uhr: „Handfertigkeitskurs". Prof. Brusche.

Heute, 8 Uhr: „Prager Pfadfinder-Abend". Vortrag: Dr. Pilz (Wien). Lieder. Ausstellung von Handarbeiten der Pfadfinder.

„Geheimnisse des Liebeslebens in der Natur." Prof. Wilhelm Boelsche. Freitag, 2. Nov., 8 Uhr. Wiederholung des ersten Vortrages. Karten 12—4, Mitgl. 10—3 K.

„Die Dame des Rokokos" mit Lichtbildern. Dr. Valerian Tornius (Leipzig). Karten 10—4, Mitglieder 8—3 K.

„Wissenschaftliche Handlesekunst." Prof. Ißberne-Haldane (Berlin). Samstag, 3. Nov., 8 Uhr. Karten 12—4, Mitgl. 10—3 K.

„Lieder und Balladen zur Laute." Robert Kothe und Lies Engelhardt. Montag, den 5. Nov., 8 Uhr. Karten 12—4, Mitgl. 10—3 K.

1889

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Schluckenau. Sonntag, den 11. November findet um 2 Uhr nachmittags in Hahns Gasthaus in Groß-Schönau eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: Der Parteitag.

Turnen und Sport.

AC. Sparta (Prag) spielt am Donnerstag, den 1. November auf ihrem eigenen Platze das Revanchespiel gegen den Teplitzer FK. — Slavia (Prag) hat am Sonntag, den 4. November die Fürther Spielvereinigung zu Gaste. (Letzte Resultate: Sparta gegen Teplitzer FK. 2:2 in Teplitz, Spielvereinigung Fürth gegen Slavia 3:2 in Fürth.)

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch**, Prag,
Graben 25, Kl. Kaser.
1332

12 Photographien für Kč 6 nur im Photo-Studio Prag, Vaclavske nam. 15. 1872

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Wiederverkäufer, Konsumvereine beziehen
Strapazhosen
am besten und billigsten beim Erzeuger Johann Brodford, Petersdorf 113 bei Hennersdorf, Schlesien. Man verlange Offert oder Mustersendung. 1886

Heimverdienst
für jedermann ohne besond. Kenntnisse nach seiner Tagesarbeit. Schreibet noch heute an Fabrik J. Broß, Kardaß, Rečice.

Alle Bücher
liefert rasch und billig die
Buchhandlung Freiheit
Teplitz-Schönau,
Theresiengasse Nr. 18.
Großes Lager in preiswert. Gelegenheitskäufen.
Verzeichnisse senden wir auf Wunsch kostenlos.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,
Tischlergasse 6, 1002
empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.